



Presseschau vom 12.10.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten dan-news, *dnronline*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚[DNS über HTTPS](#)‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. *Cloudflare*) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lese- und Medientipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

de.rt.com: Krisen- und Insolvenzticker Deutschland und Europa

Die deutsche Wirtschaft rutscht immer tiefer in die Krise. Unter dem Druck dramatisch steigender Energiekosten und anderer ungünstiger Rahmenbedingungen sind allein in diesem Jahr tausende Unternehmen insolvent gegangen. Wir fassen in diesem Ticker die wichtigsten Entwicklungen und Neuigkeiten zusammen. ...

<https://kurz.rt.com/380r> bzw. [hier](#)

Susan Bonath: Keine Evidenz für Hartz-IV-Gängeleien – aber bald schönere Namen

Bisher werden Hartz-IV-Betroffene zu sanktionsbewehrten Eingliederungsvereinbarungen genötigt. Doch die bewirkten nie, was sie sollten, stellten Forscher fest. Macht nichts, meint wohl die Regierung, denn mit dem Bürgergeld ab Januar gibt's "Kooperationspläne". Die Sanktionen bleiben. ...

<https://kurz.rt.com/38qx> bzw. [hier](#)

de.rt.com: Wladimir Putin spricht bei Forum "Russische Energiewoche" (Deutsch)

Am 12. Oktober beginnt in Moskau das internationale Forum "Russische Energiewoche". Daran nehmen führende Unternehmen und Experten im Energiebereich teil. Bei der Plenarsitzung spricht Russlands Präsident Wladimir Putin. RT DE sendet die Veranstaltung live auf Deutsch. ...

<https://kurz.rt.com/38sn> bzw. [hier](#)

Bernhard Loyer: Nein! Pfizer-Vertreterin: COVID-19-Impfstoff wurde nie auf Fremdschutz getestet

Pfizer-CEO Bourla verweigerte die Teilnahme am EU-Sonderausschuss zur Corona-Pandemie. Eine ranghohe Vertreterin gab Auskunft zu wissenschaftlichen Vorgängen bei der Impfstoff-Entwicklung. Demnach existierten vor der weltweiten Marktzulassung keinerlei Evidenz oder Daten, dass die Impfung eine Infektion verhindern könnte. Das Unternehmen setzte "alles auf Risiko". ...

<https://kurz.rt.com/38s3> bzw. [hier](#)

Gert Ewen Ungar: Propaganda statt Diskussion - Deutsche Geschichte wiederholt sich

Die Münchner Sicherheitskonferenz lässt sich von der deutschen Politik einspannen. Sie macht nun Propaganda für Aufrüstung, Krieg und Konfrontation. Das erstaunt, denn sie ist der Ort, an dem Putin vor einer neuen Konfrontation gewarnt und die aktuelle Entwicklung vorweggenommen hat. ...

<https://kurz.rt.com/38u3> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

19:45 de.rt.com: Eremitage: Abteilungsleiter für moderne Kunst tritt zurück

Der Abteilungsleiter für zeitgenössische Kunst der Staatlichen Eremitage hat seinen Rücktritt aus dem Museum in den sozialen Medien mitgeteilt. Der Grund dafür sei seine Ablehnung

"des heutigen Russlands".

Der renommierte Museumskurator und Leiter der Abteilung für zeitgenössische Kunst in der Eremitage, Dmitri Oserkow, tritt ein in die Reihe derer, die Russland nach dem Beginn der militärischen Sonderoperation in der Ukraine verlassen haben. Wie The Art Newspaper kürzlich berichtete, trat er von allen russischen Projekten zurück und verließ seinen Posten in dem Museum.

"Ich bin gegangen, weil ich mit dem heutigen Russland nichts mehr zu tun haben will", begründete er laut The Art Newspaper diesen Schritt auf Instagram, wo er seinen Rücktritt bekanntgab. Der Zeitung zufolge wurde Oserkows Entscheidung, das Museum zu verlassen, insbesondere durch ein Ende Juni geführtes Interview von Michail Piotrowski mit der Rossijskaja gaseta beeinflusst, in dem der Leiter der Eremitage erklärte, dass "es Situationen gibt, in denen ein Mensch bei seinem Land sein muss".

Seit dem Jahr 2006 leitete Oserkow die Abteilung für zeitgenössische Kunst, die von Generaldirektor Michail Piotrowski mit dem Ziel gegründet wurde, "die Sammlung alter Kunst wiederzubeleben, neue Entwicklungs- und Interpretationswege zu finden und eine neue Sprache zu finden, um über klassische Kunst zu sprechen". Oserkow war verantwortlich für die internationale Manifesta-Biennale in der Eremitage im Jahr 2014, bei der Werke von Boris Michailow und Marlene Dumas gezeigt wurden, und gestaltete die große Ausstellung von Jan Fabre im Jahr 2016 sowie die Ausstellung von Anselm Kiefer im Jahr 2017.

Laut The Art Newspaper ist Dmitri Oserkow auch aus mehreren anderen russischen Projekten ausgeschieden, an denen er beteiligt war: Dem Programm "Kunst und Wissenschaft", der Galerie Zifergaus und dem Gouverneursrat für Kultur in Sankt Petersburg.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/63457aef48fbef13156b39b2.jpg>

Staatliche Eremitage in Sankt Petersburg, Russland

19:50 de.rt.com: **Präsident Putin und IAEA-Chef Grossi besprechen Situation um AKW Saporoschje**

Bei seinem Treffen mit dem Chef der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA), Rafael Grossi, hat Russlands Staatschef Wladimir Putin erklärt, dass Moskau zu einem Dialog über die Situation um das Kernkraftwerk Saporoschje bereit sei. Putin zeigte sich sehr erfreut über Grossis Besuch in Sankt Petersburg, erklärte aber, dass es derzeit zu einer gefährlichen Politisierung in der Atombranche komme.

"Wir rechnen sehr damit, dass es uns mit Ihren Bemühungen gelingen wird, die diesbezügliche Rhetorik zu entschärfen und diesen Bereich unserer Tätigkeit und unserer Zusammenarbeit in den Normalstand zu bringen – trotz aller Turbulenzen und komplizierten Prozesse, die in der internationalen Arena vor sich gehen."

Putin forderte ferner, alles Mögliche zu tun, um die Verbreitung militärischer Atomtechnologien einzuschränken.

Der IAEA-Chef forderte seinerseits eine Waffenstillstandszone um das AKW Saporoschje.

Die Lage dort sei wegen der häufigen militärischen Angriffe "zunehmend gefährlich, instabil

und herausfordernd".

In der vorigen Woche hatte Grossi den ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij getroffen. Grossi berichtete danach jedoch von keinen Fortschritten bezüglich der Schutzzone. Die Ukraine forderte erneut den Abzug russischer Truppen aus dem größten Atomkraftwerk Europas.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/6345a32348fbef52b0276785.jpg>

Russlands Präsident Wladimir Putin empfängt am 11. Oktober 2022 den IAEA-Chef Rafael Grossi in Sankt Petersburg

20:08 de.rt.com: **Verteidigungsminister Russlands und der Türkei besprechen Situation in der Ukraine**

Russlands Verteidigungsminister Sergei Schoigu und sein türkischer Amtskollege Hulusi Akar haben am Dienstag am Telefon die Situation in der Ukraine erörtert. Laut einer Mitteilung aus Moskau hätten beide Minister die Notwendigkeit eines schnellstmöglichen Waffenstillstands in der Ukraine betont, um weitere Opfer zu vermeiden. Akar habe die Bereitschaft Ankaras bestätigt, allseitig zu einer diplomatischen Lösung der Situation in der Ukraine beizutragen. Darüber hinaus besprachen Schoigu und Akar die Umsetzung des Getreide-Deals mit der Ukraine und des Abkommens über den Export von Düngemitteln und Landwirtschaftserzeugnissen aus Russland. Im Gespräch ging es auch um die Kooperation zur Verhinderung von Terrorbedrohungen in Syrien.

20:26 de.rt.com: **EU-Embargo: Russland will Kohleexporte nach Asien erhöhen**

Seit Mitte August sind die Kohleimporte aus Russland in die EU verboten. Moskau will nun nach Angaben des Energieministers daran arbeiten, die Lieferungen nach Fernost zu erhöhen. Etwa 25 Millionen Tonnen des für die EU bestimmten Rohstoffs würden stattdessen nach Osten umgeleitet.

Die EU-Staaten dürfen ab Mitte August keine Kohle mehr aus Russland importieren. Dieses Einfuhrverbot ist Teil des fünften Sanktionspakets Brüssels gegen Russland, das im April dieses Jahres verabschiedet worden war. Die EU-Mitgliedsstaaten hatten sich im Frühling zunächst auf eine 120 Tage dauernde Übergangsfrist geeinigt, bis Mitte August das Kohle-Embargo gegen Moskau vollständig in Kraft trat. Das Ziel Brüssels ist es den eigenen Angaben zufolge, Russland wegen seiner Militäroperation in der Ukraine mit den Strafmaßnahmen wirtschaftlich und finanziell zu schwächen.

Doch nach dem Aussetzen der Kohleeinkäufe seitens der EU aus Russland werden russische

Kohlelieferanten ihre Handelsflüsse wahrscheinlich anderswohin verlegen. Das schrieb der stellvertretende Ministerpräsident Alexander Nowak in einem am Montag veröffentlichten Artikel in der Zeitschrift Energy Policy.

"Die Möglichkeit, die Lieferungen in die asiatisch-pazifischen Länder zu erhöhen, wird in Betracht gezogen. Ein Teil der Mengen für den europäischen Markt kann per Bahn zu den östlichen Häfen und Grenzübergängen befördert werden", schrieb zudem der russische Energieminister. Und er fügte hinzu:

"So können etwa 25 Millionen Tonnen von West nach Ost umgeleitet werden, auch über die Häfen des Asow-Schwarzmeer-Beckens."

Nowak erklärte außerdem, dass die russische Regierung gemeinsam mit dem Verkehrsministerium daran arbeiten wolle, die Eisenbahnkapazitäten in Fernost sowie die Kapazitäten des Schiffstransports zu erhöhen. Auch wolle man die Entwicklung von Kohlehafenterminals in zukunftssträchtigen Exportregionen beschleunigen. In diesem Zusammenhang werde Russland sich bemühen, die Transportkosten und -zeiten zu senken, so der Minister weiter.

Nach Angaben des Föderalen Zolldienstes, auf die sich Nowak beruft, hat Russland im vergangenen Jahr 46,8 Millionen Tonnen Kraftwerkskohle und 3,6 Millionen Tonnen Kokskohle in die EU exportiert. Das entspricht etwa 35 Prozent der Gesamteinfuhren der Staatengemeinschaft. Nowak wies nicht zuletzt auch darauf hin, dass dieser Anteil in den letzten zehn Jahren erheblich gestiegen sei. Und dass die EU-Länder trotz der beabsichtigten Reduzierung der Abhängigkeit von russischen Energieressourcen ihre Abhängigkeiten in der Welt in Wirklichkeit nur erhöht hätten.

Daher seien die Verbraucher heute sowohl in der EU als auch in anderen Ländern gezwungen, "dringend nach neuen Kohlelieferanten zu suchen. Wodurch das bestehende Gleichgewicht gestört und langlebige Lieferketten unterbrochen werden." Dies würde zu "zusätzlichen finanziellen Kosten für den Transport, zu erhöhter Nachfrage, Marktchaos und steigenden Preisen" führen, so Nowak in seinem Artikel mit dem Titel: "Die Kohleindustrie des XXI. Jahrhunderts: Niedergang oder Wiedergeburt".

In Deutschland wurde die russische Steinkohle bisher als Brennstoff für Kraftwerke und in der Industrie [verwendet](#).

Das EU-Sanktionspaket mit dem Kohle-Embargo untersagt den EU-Unternehmen außerdem, Versicherungen und andere Finanzdienstleistungen für die Lieferung russischer Kohle anzubieten; und zwar nicht nur für die Länder der Staatengemeinschaft, sondern für die ganze Welt.

Die aus 27 Ländern bestehende Union war bei ihren Kohleimporten bislang stets stark von Russland abhängig. Wobei Deutschland, Polen und die Niederlande die größten Abnehmer waren. Im Juli wurde nun mit Verweis auf Angaben des indischen Beratungsunternehmens Coalmint [berichtet](#), dass Russland zum drittgrößten Kohlelieferanten Indiens geworden ist. Die Analysten hatten davor gewarnt, dass das Verbot russischer Kohleimporte die Energieversorgung weiter belasten und die europäischen Verbraucher zwingen werde, sich während der zu erwartenden Energiekrise im Winter anderweitig einzudecken.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/63453da248fbef52b02766dd.jpg>

Verladung von Streinkohle in Güterwaggons mithilfe von Kranschaufeln im Hafen von Wyborg

20:35 de.rt.com: **Orbán: Hoffnung für den Frieden heißt Donald Trump**

Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán hat Verhandlungen zwischen den USA und Russland über einen Waffenstillstand in der Ukraine gefordert – und er setzt dabei auf den vor zwei Jahren abgewählten US-Präsidenten Donald Trump. Laut offizieller Übersetzung sagte er am Dienstag bei einem öffentlichen Interview mit dem Magazin Cicero und der Berliner Zeitung in Berlin:

"Die Feuerpause muss nicht zwischen Russland und der Ukraine zustandekommen, sondern zwischen Amerika und Russland."

"Wer denkt, dass dieser Krieg durch russisch-ukrainische Verhandlungen abgeschlossen wird, der lebt nicht auf dieser Welt. Die Machtrealität ist anders."

Orbán hob hervor, dass die Ukraine ihren Kampf nur führen könne, weil sie von den USA militärisch unterstützt werde. Der Krieg sei heute nur offen, weil die US-Amerikaner das so wollten. Er fügte hinzu:

"Deswegen müssen sich die US-Amerikaner mit den Russen einigen. Und dann ist der Krieg zu Ende."

Der ungarische Regierungschef machte auch deutlich, dass er US-Präsident Joe Biden nicht für den richtigen Verhandlungsführer auf US-amerikanischer Seite hält. Er betonte:

"Der US-amerikanische Präsident ist zu weit gegangen."

Biden habe Dinge über den russischen Präsidenten Wladimir Putin gesagt, nach denen es schwer sei, dass die beiden Friedensverhandlungen miteinander führen können. Orbán erklärte weiter:

"Das wird jetzt brutal klingen, was ich sage. Aber Hoffnung für den Frieden heißt Donald Trump."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/6345539db480cc2f6a41dee7.jpg>

Donald Trump und der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán während eines Treffens im Oval Office am 13. Mai 2019 in Washington, DC

21:04 de.rt.com: **Ehemalige US-Kongressabgeordnete Tulsi Gabbard verlässt "kriegstreiberische" Demokraten**

Die ehemalige Präsidentschaftskandidatin der USA für 2020 Tulsi Gabbard hat ihren Austritt aus der Demokratischen Partei bekannt gegeben. Die Demokraten seien unter die Kontrolle einer "elitären Kabale von Kriegstreibern" geraten, so Gabbards Begründung.

Die ehemalige US-Kongressabgeordnete und Präsidentschaftskandidatin für 2020 Tulsi Gabbard hat ihren Austritt aus der Demokratischen Partei bekannt gegeben und behauptet, diese sei unter die Kontrolle einer "elitären Kabale von Kriegstreibern" geraten. Das "Establishment" der Demokraten hatte Gabbard schon lange aufgefordert, die Partei zu verlassen und sich zu den Republikanern zu bekennen. Am Dienstag erklärte Gabbard nun in einer [Videobotschaft](#):

"Ich kann nicht länger in der heutigen Demokratischen Partei bleiben, die jetzt unter der vollständigen Kontrolle einer elitären Kabale von Kriegstreibern steht."

Die Partei Bidens werde, so Gabbard weiter, "von feiger 'Wokeness' getrieben. Sie spalten uns, indem sie jedes Thema rassistisch bewerten und den Rassismus gegen Weiße schüren. Sie arbeiten aktiv daran, unsere gottgegebenen Freiheiten zu untergraben. Sie stehen gläubigen und spirituellen Menschen feindselig gegenüber. Sie dämonisieren die Polizei und schützen Kriminelle auf Kosten gesetzestreuer Amerikaner. Sie glauben an offene Grenzen, setzen den nationalen Sicherheitsstaat als Waffe ein, um gegen politische Gegner vorzugehen, und vor allem bringen sie uns einem Atomkrieg immer näher". Gabbard kommentierte weiterhin: "Ich glaube an eine Regierung, die vom, durch und für das Volk ist. Leider ist das bei der heutigen Demokratischen Partei nicht der Fall. Stattdessen steht sie für eine Regierung von, durch und für die Machtelite. Ich rufe meine Mitstreiter auf, die mit gesundem Menschenverstand und unabhängigem Denken ausgestattet sind, sich mir anzuschließen und die Demokratische Partei zu verlassen. Wenn Sie die Richtung nicht mehr ertragen können, in die die sogenannten wachen Ideologen der Demokratischen Partei unser Land führen, lade ich Sie ein, sich mir anzuschließen."

In der Vergangenheit eckte Gabbard mehrmals in ihrer Partei an: Während die Demokratische Partei – mit Unterstützung "etablierter" Republikaner – in den letzten Monaten fast einstimmig dafür gestimmt hat, mehr als 52 Milliarden Dollar in die Ukraine zu schicken, hat Gabbard Biden dafür verurteilt, "diesen Krieg auszunutzen, um die NATO zu stärken und den militärisch-industriellen Komplex zu füttern". Die ehemalige Kongressabgeordnete hat diese Ansichten gegenüber dem Fox-News-Moderator Tucker Carlson geäußert und ist auch regelmäßig Gast in seiner Prime-Time-Show.

Gabbard ist seit Langem erbitterte Gegnerin der Beteiligung der USA an ausländischen Konflikten und Kriegen und deren Finanzierung. Während ihrer vier Amtszeiten von 2013 bis 2021 setzte sie sich für einen Dialog mit Amerikas rivalisierenden Großmächten ein und kritisierte beispielsweise die Interventionen der USA in Syrien und die Unterstützung Saudi-Arabiens im Krieg gegen den Jemen. Gleichzeitig verfolgte sie auch eine harte Politik gegenüber dem islamistischen Terrorismus.

Die gescheiterte Präsidentschaftskandidatin von 2016 Hillary Clinton beschuldigte Gabbard 2019, "ein Aktivposten der Russen" zu sein, wahrscheinlich in Anspielung auf das frühere Lob der hawaiianischen Politikerin für den Kampf des russischen Präsidenten Wladimir Putin gegen den Terrorismus in Syrien. Gabbard reagierte, indem sie Clinton als "Personifizierung der Fäulnis, die die Demokratische Partei krank gemacht hat", bezeichnete und die ehemalige Außenministerin wegen Verleumdung verklagte.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/6345a883b480cc7839279200.jpg>
Tulsi Gabbard (23. Juni 2022)

21:08 de.rt.com: **NATO beginnt nächste Woche Übung zur Verteidigung des Bündnisgebiets mit Atomwaffen**

Die NATO wird in der kommenden Woche ihre jährlichen Manöver zur Verteidigung des Bündnisgebiets mit Atomwaffen beginnen. Die bereits lange geplante Abschreckungsübung Steadfast Noon sei ein Routine-Training, um die Abschreckung sicher und wirksam zu halten, sagte NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg am Dienstag während einer Pressekonferenz in Brüssel. Kern der nuklearen Fähigkeiten der NATO sei es immer, den Frieden zu bewahren und Aggressionen zu verhindern.

Die Warnung des russischen Präsidenten Wladimir Putin, sein Land werde im Ernstfall zum eigenen Schutz alle zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, sei "gefährlich und unverantwortlich". Zugleich betonte Stoltenberg, dass die NATO bislang keine Veränderungen der russischen Nuklearstrategie gesehen habe. Die russischen Atomstreitkräfte würden genau beobachtet.

Im vergangenen Jahr waren an der Übung Steadfast Noon Streitkräfte aus Deutschland und 13 weiteren Bündnisstaaten beteiligt. Sie trainierten unter anderem mit Dutzenden Flugzeugen. Darunter waren neben atomwaffenfähigen Kampffjets auch konventionelle Jets sowie Überwachungs- und Tankflugzeuge.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/634580d0b480cc76297de964.jpg>

21:26 de.rt.com: **Chatkontrolle: Massiver Widerstand gegen geplantes EU-Gesetz**

Am Montag stellte EU-Innenkommissarin Ylva Johansson ihren Gesetzentwurf zum Kampf gegen sexuellen Kindesmissbrauch im Internet vor. Kritiker mahnen jedoch, dass dies nur ein Vorwand sei, die Grundrechte der Bevölkerung einzuschränken. Mit der Chatkontrolle werde

ein Überwachungspaket geschaffen, das sich gegen die gesamte Bevölkerung der EU richtet. Im Mai 2022 legte die EU-Kommission einen Gesetzentwurf vor, der Behörden den Kampf gegen sexualisierte Gewalt an Kindern im Internet erleichtern soll. Doch das unter dem Namen "Chatkontrolle" bekannt gewordene Gesetzesvorhaben ist umstritten. Zwar soll mit dem Gesetz nach Angaben der EU angeblich lediglich eine gesetzliche Grundlage zur Umgehung der Ende-zu-Ende-Verschlüsselung in Chats geschaffen werden, um Darstellungen von sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche aufspüren zu können. Doch ein solches Gesetz hätte folglich zugleich auch die massenhafte Überwachung von Kommunikation und Online-Inhalten aller anderen Internet-Nutzer zur Folge.

Sollte es beschlossen werden, wären Kommunikations- und Hosting Anbieter wie "WhatsApp" oder "Signal" gesetzlich dazu zu verpflichtet, sämtliche Inhalte aller Nutzer nach verdächtigem Material zu durchleuchten und Verdachtsfälle an eine zentrale Stelle weiterzuleiten. Der Hackerverein Chaos Computer Club bezeichnete den Vorstoß im Mai deshalb als "überzogene und fehlgeleitete Überwachungsmethode, die mit dem Kampf gegen Kindesmissbrauch begründet wird". Doch nicht nur von Datenschützern hagelt es massenweise Kritik. Auch von den Abgeordneten im EU-Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres musste sich EU-Innenkommissarin Ylva Johansson am Montag zur Präsentation ihres umstrittenen Gesetzesvorschlags einiges anhören.

Das Gesetz sei nicht nur unverhältnismäßig, sondern auch ineffektiv. Zudem fungiere es als Türöffner zur Massenüberwachung, hallte es aus den Reihen der Abgeordneten. Der Pirat Patrick Breyer kritisierte beispielsweise, dass nirgendwo sonst in der Welt ein vergleichbares Gesetz existiere, das so stark in die Grundrechte der Bürger eingreife. Die irische Abgeordnete Clare Daly (Linke) ging sogar noch einen Schritt weiter. Ein solches Überwachungssystem verstoße gegen grundlegende Menschenrechtsprinzipien und sei nicht mit der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs vereinbar, mahnte sie.

Doch die Vorwürfe perlten an Johansson weitestgehend ab. Stattdessen betonte die Sozialdemokratin erneut, wie wichtig das geplante Gesetz für den Kinderschutz sei. Die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte habe auch keinen potenziellen Verstoß ausmachen können, so Johansson. Sie verwies darauf, dass Konzerne wie Meta, Google und Microsoft die Chats ihrer Nutzer bereits heute schon freiwillig scannen würden. Mit den geplanten EU-Vorgaben solle diese Praxis nun lediglich restriktiver gefasst werden. Die genannten Sorgen dürften Johanssons Beschwichtigungen allerdings nicht aus dem Weg räumen.

So haben rund 25 zivilgesellschaftliche Organisationen ihre Kritik an dem Vorhaben der Kommission in einem am Montag [veröffentlichten Brief](#) erneut untermauert. "Die vorgeschlagenen Maßnahmen werden Kinder nicht besser schützen. Stattdessen verengen sie den Blick auf technokratische Überwachungsinstrumente, die unverhältnismäßig unsere Grundrechte einschränken", warnen die Unterzeichner. Mit der Chatkontrolle werde ein Überwachungspaket geschaffen, das sich gegen die gesamte Bevölkerung der EU richtet. Die Bundesregierung müsse sich entschieden "gegen die dystopischen Pläne" der EU stellen, appellieren die Verfasser des Schreibens.

Auch die Grundrechtsorganisation EDRI veröffentlichte am Montag ein kritisches [Statement](#). Demnach würden "die vorgeschlagenen Maßnahmen tief in die Privatsphäre" eingreifen und alle Internetnutzer als verdächtig abstempeln, "anstatt sich auf diejenigen zu konzentrieren, gegen die es Beweise für illegales Verhalten gibt". Reporter ohne Grenzen (RSF)

Geschäftsführer Christian Mihr [betonte](#): "Dass der Schutz vor Kindesmissbrauch eine hohe Priorität hat, ist keine Frage, doch die geplanten Maßnahmen der EU-Kommission schießen am Ziel vorbei!" Die Überwachung auch von Ende-zu-Ende-verschlüsselter Kommunikation hebele de facto das Pressegeheimnis und den Quellenschutz aus. Informanten und Whistleblower könnten sich nicht mehr sicher sein, "dass ihre Informationen geschützt sind und werden im Zweifel lieber schweigen".

In einem Gutachten bemängelten der Europäische Datenschutzbeauftragte (EDPS) und der Europäische Datenschutzausschuss (EDPB) Ende Juli zudem, "dass der Vorschlag in seiner jetzigen Form möglicherweise mehr Risiken für Einzelpersonen und damit für die Gesellschaft im Allgemeinen birgt als für die Straftäter". Laut den Datenschützern bestehe überdies die Gefahr, "dass der Vorschlag die Grundlage für ein allgemeines und unterschiedsloses Scannen des Inhalts praktisch aller Arten von elektronischer Kommunikation werden könnte."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/63456cc3b480cc76ed2f616a.jpg>

21:44 de.rt.com: **Selenskij will internationale Beobachtermission an Grenze zu Weißrussland**

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hat am Dienstag per Videoschalte die G7-Staaten gebeten, seine Initiative zur Einrichtung einer internationalen Beobachtermission an der Grenze zu Weißrussland zu unterstützen. Ihm zufolge plane die Regierung in Kiew keine Militärmaßnahmen gegen das Nachbarland. Die Maßnahme sei notwendig, um dem weißrussischen Staatschef Alexander Lukaschenko jegliches Narrativ über eine mögliche Bedrohung seitens der Ukraine wegzunehmen.

"An der Grenze zwischen der Ukraine und Weißrussland könnte eine Mission internationaler Beobachter stationiert werden, um die Sicherheitslage zu überwachen. Das Format könnte von unseren Diplomaten erarbeitet werden."

Am Montag hatte Lukaschenko erklärt, sein Land sei am Vortag über inoffizielle Kanäle vor einem möglichen Schlag der Ukraine gegen Weißrussland gewarnt worden. Am Dienstag erklärte der Sekretär des Sicherheitsrates der Republik Belarus, Alexander Wolfowitsch, die ukrainische Seite versuche, sein Land mit bewaffneten Gruppierungen anzugreifen, die aus geflohenen weißrussischen Oppositionellen bestünden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/6345893448fbef4c9e3dc0ca.jpg>

Ein weißrussischer Grenzbeamter, 20. Oktober 2013

22:18 de.rt.com: **DVR-Beamter: Integration der Volksrepublik Donezk in die Russische Föderation wird schwerer verlaufen als auf der Krim**

Die Volksrepublik Donezk (DVR) habe noch viel Arbeit vor sich, um sich vollständig in den Rechtsraum Russlands zu integrieren. Die Übergangszeit werde schwieriger sein als auf der Krim, so der Vorsitzende des Volksrates der DVR Wladimir Bidjowka. Er erklärte gegenüber dem Sender Oplot TV:

"Es gibt noch eine Menge zielgerichteter Arbeit zu tun. In dieser Übergangszeit kann es sogar zu einigen Veränderungen kommen. Denn wie die Erfahrung der Krim zeigt, gab es auch auf der Krim ein entsprechendes Gesetz, es gab auch eine Übergangszeit, und viele Dinge wurden auf dem Weg der praktischen Umsetzung bestimmter Maßnahmen angepasst."

Der Beamte deutete an, dass es die Republik schwerer als die Krim haben werde sich anzupassen. Er hob hervor:

"Die Krim war damals (vor 2014) bereits eine autonome Republik innerhalb der Ukraine, und wir haben unsere eigene Geschichte. Wir lebten noch acht Jahre lang wie gewohnt, obwohl wir schon versuchten, uns der russischen Gesetzgebung anzunähern. Wir lebten jedoch immer noch als eigenständiges Land. Wir lebten die meiste Zeit unter den Bedingungen der Nichtanerkennung, der Verhandlungen des Minsker Prozesses, des Krieges und vieler anderer Faktoren."

Er stellte klar, dass die Schwierigkeiten aber nicht bedeuten, dass sich der Prozess in die Länge ziehen werde.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/6345100848fbef39627795fb.jpg>

22:55 de.rt.com: **Russischer AKW-Betreiber: Kernkraftwerk Saporoschje kann bislang nicht an Russlands Energie-System angeschlossen werden**

Der russische Konzern Rosenergoatom, der alle zivilen AKW in Russland betreibt, sieht bislang keine technische Möglichkeit, das Kernkraftwerk Saporoschje an das russische Energie-System anzuschließen. Die Nachrichtenagentur TASS berichtet unter Berufung auf den Berater des Rosenergoatom-Generaldirektors, Renat Kartschaa, dass russische Fachleute gerade dabei seien, den tatsächlichen Zustand des größten Kernkraftwerks Europas und alle technischen Voraussetzungen für seinen Betrieb zu analysieren.

Am 5. Oktober hatte Russlands Präsident Wladimir Putin per Dekret "Objekte zur Nutzung von Atomenergie des Kernkraftwerks Saporischschja und anderes für dessen Funktion notwendiges Eigentum" in den staatlichen Besitz übergeben. Er beauftragte die Regierung, das Staatsunternehmen AKW Saporoschje zu gründen, das das Eigentum des Kernkraftwerks verwalten soll.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/6345bcc8b480cc0d4902b48a.jpg>

Das zentrale Schaltpult des AKW Saporoschje, 1. September 2022

vormittags:

6:15 de.rt.com: **Experte: EU-Sanktionen gegen Russland führen erstmals ein extraterritoriales Element ein**

Mit dem neuen Sanktionspaket gegen Russland hat die EU zum ersten Mal ein extraterritoriales Element eingeführt und sich damit dem Instrumentarium der USA angenähert.

Bei der Ankündigung eines neuen Sanktionspakets gegen Russland hat die EU erklärt, dass sie Bürger und Organisationen aus Drittländern, die den Russen bei der Umgehung von Beschränkungen helfen, ebenfalls auf eine Sanktionsliste setzen werde. Dies sei eine mächtige Trendwende, meinen Experten, mit denen das wirtschaftliche Nachrichtenportal RBK gesprochen hat. Laut RBK meint Tomasz Włostowski, geschäftsführender Gesellschafter des in Brüssel ansässigen Beratungsunternehmens EuTradeDefense:

"Dies ist eine Art 180-Grad-Wende für die EU, die sich bis vor Kurzem über die extraterritoriale Anwendung von Sanktionen gegen Nicht-US-Personen durch US-Behörden beschwert hat."

Mit der Einführung eines neuen Sanktionspakets hat die EU die Kategorien von Personen, die unter die Sanktionen fallen können, auf "natürliche oder juristische Personen, Strukturen oder Organisationen, die zu Verstößen gegen das Verbot der Umgehung von Beschränkungen" beitragen, erweitert, wie aus einem im EU-Amtsblatt veröffentlichten Dokument hervorgeht, so RBK. Zuvor umfasste die Liste nur solche Personen oder Organisationen, die in direktem oder indirektem Zusammenhang mit der Verletzung der "territorialen Integrität, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine" standen. RBK erklärt:

"Die Aufnahme eines zusätzlichen Sanktionskriteriums bedeutet, dass Unternehmen oder Staatsangehörige aus jedem Land auf die EU-Sanktionsliste gesetzt werden können, wenn sie russischen Personen helfen, europäische Beschränkungen zu umgehen. Dies könnte zum Beispiel die Lieferung von Ausrüstungsgegenständen sein, deren Ausfuhr nach Russland die EU verboten hat, oder die Beteiligung an der Übertragung von Vermögenswerten, die in der EU eingefroren werden sollten, an eine außereuropäische Einrichtung."

RBK verweist darauf, dass der Teil des Sanktionspakets, der die Metallurgie betrifft, dem US-Sanktionsmechanismus konzeptionell besonders nahe komme. Darin gilt das Stahl embargo für "Drittlandsprodukte", die russische Stahlerzeugnisse verwenden, deren Einfuhr in die EU verboten ist. Tomasz Włostowski spricht darüber, was das in der Praxis bedeutet:

"Ein chinesisches oder türkisches Stahlprodukt kann beispielsweise nicht auf den EU-Markt gelangen, wenn es aus russischen Rohstoffen hergestellt wird."

Allerdings sieht das neue Sanktionspaket lange Übergangsfristen für solche Erzeugnisse vor. So ist es bis zum 30. September des Jahres 2023 möglich, die meisten Güter der Sanktionsliste in die EU einzuführen, und bis zum 1. April bzw. 1. Oktober des Jahres 2024 – jene Erzeugnisse, in denen "bestimmte Halbzeuge aus Eisen mit niedrigem Kohlenstoffgehalt oder aus unlegiertem Stahl russischen Ursprungs verwendet werden".

Mit der Einführung des achten Sanktionspakets gegen Russland werden die Kosten aller Handelsbeschränkungen der Europäischen Union auf rund 123 Milliarden Euro geschätzt, wie aus Unterlagen der Europäischen Kommission hervorgeht, berichtet RBK.

Dies entspräche mehr als 40 Prozent des gesamten Waren- und Dienstleistungsumsatzes zwischen Russland und der EU im vergangenen Jahr, so das Nachrichtenportal.

6:45 de.rt.com: **Nach russischen Schlägen gegen Infrastruktur braucht die Ukraine wieder eine erfolgreiche Offensive**

Es mehren sich die Hinweise auf eine ukrainische Truppenkonzentration an der Kontaktlinie an der südlichen Front. Nach den verheerenden Angriffen auf die Energieinfrastruktur müsste die Ukraine jetzt in die Offensive gehen, schreiben russische Militärkorrespondenten.

Russland hat in den vergangenen zwei Tagen mehrere hundert verheerende Schläge mit Präzisionswaffen gegen die ukrainische Energieinfrastruktur durchgeführt. Betroffen sind dutzende Objekte, darunter Wärmekraftwerke und Umspannwerke in insgesamt 14 Städten sowie mehrere Waffenlager, Stäbe und Militärhauptquartiere.

Nach öffentlich zugänglichen Daten sind etwa 15 Prozent der gesamten Stromerzeugung betroffen. Das führte bereits zum Lieferstopp des überschüssigen Stroms in die Länder der EU. Auch die ukrainische Industrie, die ohne den Energiesektor nicht existieren kann, ist betroffen. Produktionskürzungen und Verlust von Arbeitsplätzen könnten bald die Folge sein. Ukrainische Offizielle üben sich in dieser Situation in Durchhalteparolen und rufen die Bevölkerung zum Zusammenhalt gegen die "steinzeitigen Orks" (so werden die Russen in der ukrainischen politischen Kommunikation genannt) auf. Ein schneller Sieg auf dem Schlachtfeld oder zumindest ein weiterer gelungener Durchbruch an der Front könnte zumindest einen Stimmungsumschwung bewirken.

Die Zeit dafür wird aber knapp, denn in Russland könnten die ersten 200.000 mobilisierten Reservisten schon in den nächsten vier bis acht Wochen an die Front entsendet werden. Die ersten von ihnen sind bereits im Donbass an den Verteidigungslinien im Hinterland eingetroffen. Experten schätzen deshalb mit einer russischen Gegenoffensive noch in diesem Jahr.

Seit dem Wochenende häufen sich die Meldungen in den russischen Militärkanälen auf Telegram über ukrainische Truppenbewegungen und eine verstärkte Aktivität der ukrainischen Militäraufklärung. Allein in der Region Saporoschje konnten nach Angaben der Regionalverwaltung nur auf einem kleinen Frontabschnitt sieben solcher Gruppen für Aufklärung und Sabotage verhindert werden. "So inspizieren die Ukrainer die Schwachstellen an der ersten Verteidigungslinie", sagte ein Regionalbeamter im russischen Fernsehen.

Diese Richtung für die Ukraine ist deshalb interessant, weil die Zurückeroberung vom Küstenstreifen nordöstlich der Krim die Truppenversorgung der russischen Truppen in der benachbarten Region Cherson auf dem Landweg verhindern könnte.

Auch im Grenzgebiet zur Region Charkow an der Linie Kremennaja-Swatowo in der Lugansker Volksrepublik ist die nächste Offensive möglich. Am Montag gab es Meldungen, dass für die Verstärkung an diesem Frontabschnitt Teile der ukrainischen Truppen aus den Orten an der russisch-ukrainischen Grenze im Charkower Norden abgezogen wurden. Der russische Militärkorrespondent des staatlichen Rundfunkunternehmens WGTRK Jewgeni Poddubny fasste all diese Informationen am Dienstagnachmittag [auf seinem Telegram-Kanal](#)

zusammen:

"In der Nähe der Kremennaja-Swatowo-Linie wurde eine (ukrainische) Kampftruppe von etwa 35.000 bis 40.000 Mann gebildet. Im Süden, in Saporoschje, zeigt sich das gleiche Bild. Es gibt Berichte über Dnjepr-Wassereinleitungen an den Kaskaden der Wasserkraftwerke. Der Kachowka-Damm (im Gebiet Cherson) ist hier ein mögliches Ziel. Darüber hinaus hat der Feind seine Pläne für eine taktische Landung in der Nähe von Energodar und einen Versuch, das AKW Saporoschje zu erobern, nicht aufgegeben."

Wie ernst die Lage derzeit für die Ukraine ist, zeigte auch die jüngste Besorgnis ihrer westlichen Unterstützer. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg zog im Vorfeld des Treffens der Verteidigungsminister der Allianz am 12. und 13. Oktober wieder hypothetisch eine mögliche Niederlage der Ukraine in Betracht:

"Es ist wichtig, dass die Ukraine gewinnt. Wenn Putin gewinnt, wäre das nicht nur eine große Niederlage für die Ukraine, sondern auch eine Niederlage für uns alle, weil es die Welt gefährlicher und uns anfälliger für russische Aggressionen machen würde."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/6345a6b5b480cc76297de98f.jpg>

Brennendes Umspannwerk in der westukrainischen Region Lwow

7:02 de.rt.com: **Ukraine rechnet Ausmaß der Schäden an Energieinfrastruktur vor**

Etwa 30 Prozent der ukrainischen Energieinfrastruktur wurden in den vergangenen zwei Tagen beschädigt. Das erklärte der ukrainische Energieminister German Galuschtschenko gegenüber CNN.

"Wir glauben, dass etwa 30 Prozent der Energieinfrastruktur betroffen sind."

Zuvor hatten die russischen Streitkräfte zwei Tage lang massive Angriffe mit präzisionsgesteuerten Flugkörpern auf die militärischen Führungs-, Kommunikations- und Energiesysteme der Ukraine durchgeführt. Das russische Verteidigungsministerium betonte, dass das Ziel des Angriffs erreicht worden sei.

Wie Russlands Präsident Wladimir Putin bei einem Treffen mit den ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats erklärte, war dies eine Reaktion auf den Terroranschlag der ukrainischen Spezialdienste auf die Krim-Brücke und andere ukrainische Angriffe auf Infrastruktureinrichtungen.

8:14 (7:14) novorosinform.org: **In der gesamten Ukraine wurde Luftalarm ausgerufen**

In Kiew wurde am dritten Morgen in Folge Fliegeralarm ausgerufen. Lokale Telegram-Kanäle berichten von Angriffen auf die kritische Infrastruktur der Hauptstadt der Ukraine und der ihr am nächsten gelegenen Regionen.

Explosionen sind auch in den Gebieten Dnepropetrowsk, Nikolaew, Kirowograd, Winniza und Tscherkassy zu hören. Schon früh morgens erhielten die Menschen SMS-Nachrichten auf ihr Handy mit der Aufforderung, Luftangriffssignale nicht zu ignorieren und wegen der hohen Wahrscheinlichkeit von Raketenangriffen nicht hinauszugehen, berichten verschiedene

Telegram-Kanäle.

Sie berichten auch über die Angriffe russischer Truppen auf Objekte in der Region Kiew, auf Bela Zerkwa. Die Kiewer schreiben aktiv in sozialen Netzwerken darüber, wenn es ihnen gelingt, das Signal des Netzwerks zu "erwischen".



https://www.novorosinform.org/content/images/55/60/55560_720x405.jpg

8:08 de.rt.com: **Selbstgebauter Sprengsatz am Melitopoler Zentralmarkt detoniert**

In Melitopol, Gebiet Saporoschje, hat sich am Haupteingang des Zentralmarktes der Stadt eine Explosion ereignet. Dies teilt die dortige zivil-militärische Verwaltung laut TASS mit: "Gegen 06:20 Uhr ertönte in der 50-Jahre-des-Sieges-Straße am Haupteingang zum Zentralen Stadtmarkt eine Explosion. Ein mit Niederschlagspartikeln gefüllter improvisierter Sprengsatz ging hoch. Es gab keine Verletzten oder Schäden. Das Schrapnell hat einige Schäden auf dem Marktplatz verursacht."

Die Verwaltung bezeichnete die Explosion als einen Akt der Einschüchterung von Zivilisten, wie die geringe Sprengkraft der Ladung beweise. Die Behörde fügte hinzu:

"Da die Arbeit der Sicherheitskräfte in der Stadt verstärkt wurde, hat das Kiewer Regime keine Möglichkeit, schwere Verbrechen zu begehen. Die erfolgreichen Aktionen der russischen Armee in den vergangenen Tagen auf ukrainischem Gebiet zwingen die Nazis, Handlungen durchzuführen, die als sichtbarer Widerstand wahrgenommen werden sollen."

8:13 de.rt.com: **Israel und Libanon erzielen historische Einigung über Seegrenze**

Israel und der Libanon, die seit dem Jahr 1948 formell im Krieg sind, beanspruchen jeweils für sich eine 860 Quadratkilometer große Fläche im östlichen Mittelmeer. Nun melden die Länder eine historische Einigung, die wohl positive Folgen für die Gasbranche haben wird. Die Nachbarstaaten Libanon und Israel haben unter der Vermittlung der USA ihren langwierigen Streit um die Seegrenze im Mittelmeer beigelegt. Der israelische Ministerpräsident Jair Lapid [nannte](#) die Einigung "eine historische Errungenschaft". Der Politiker teilte auf Twitter mit:

"Dieses beispiellose Abkommen wird Israels Sicherheit stärken, unsere Wirtschaft fördern und Ländern auf der ganzen Welt saubere und erschwingliche Energie liefern."

Lapid dankte US-Vermittler Amos Hochstein für "seine harte Arbeit zum Zustandekommen dieses historischen Abkommens".

Am Mittwoch soll das Dokument dem israelischen Sicherheitskabinett sowie in einer Sondersitzung der Regierung vorgelegt werden.

Der libanesischer Präsident Michel Aoun [zeigte](#) sich nach Angaben seines Büros mit der endgültigen Fassung des Abkommens zufrieden. Es erfülle seine Forderungen und wahre seine Rechte an seinen Ressourcen. Eine abschließende Bestätigung aus Beirut stand aber

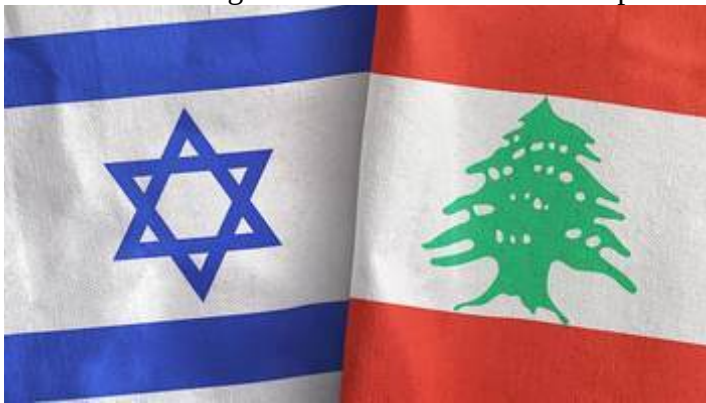
zunächst noch aus. Libanons Chefunterhändler Elias Bu Saab sagte aber:

"Ich bin optimistisch. Wir glauben, dass dies ein faires Abkommen ist."

Hintergrund des jahrzehntelangen Streits ist eine 860 Quadratkilometer große Fläche vor der Küste, die beide Seiten als ihre ausschließliche Wirtschaftszone beanspruchen. Der Konflikt um den Grenzverlauf hat sich nach der Entdeckung von großen Mengen Erdgas verschärft. Die Nachbarn erhoffen sich wirtschaftliche Vorteile.

Nach israelischen Medienberichten soll dem Libanon mit dem Abkommen die Erschließung des Offshore-Gasfeldes Kana ermöglicht werden. Israel behält demnach die Hoheit über das Gebiet rund um die Karisch-Gasplattform nordöstlich der israelischen Hafenstadt Haifa. Eine weitergehende diplomatische Annäherung der verfeindeten Staaten ist jedoch in naher Zukunft nicht zu erwarten.

Vor der Einigung haben Israel und der Libanon betont, dass mit den Gesprächen keine Normalisierung ihres Verhältnisses einhergehe. Es gehe ausschließlich um die gemeinsame Seegrenze. Der Libanon steckt in der schwersten Wirtschaftskrise seiner Geschichte, die unter anderem die Energieversorgung schwer getroffen hat. Viele Libanesen haben am Tag nur noch ein oder zwei Stunden Strom. Von der künftigen Gasförderung erhoffen sich viele Libanesen einen Aufschwung. Israel will seinerseits Gasexporte nach Europa erhöhen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/634573eab480cc77313b05bf.jpg>

8:25 de.rt.com: **FSB: Ukrainisches Verteidigungsministerium steht hinter Terroranschlag auf Krim-Brücke – neun Verdächtige festgenommen**

Russlands Sicherheitsdienste haben ermittelt, dass der Leiter der Hauptdirektion für Aufklärung des Verteidigungsministeriums der Ukraine Kirill Budanow sowie Mitarbeiter und Agenten der Behörde hinter dem Anschlag auf die Krim-Brücke stecken, bei dem mindestens vier Menschen getötet wurden.

Die bisherigen Ermittlungen haben zur Verhaftung von fünf russischen Staatsbürgern, drei Ukrainern und einem Armenier geführt, teilt Russlands Inlandsgeheimdienst FSB mit.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/63465b8848fbef4bb26f1a41.jpg>

Die Krim-Brücke nach dem Terrorangriff

8:53 de.rt.com: **Ukrainische Truppen beschießen drei Städte in der Donezker Volksrepublik**

Die ukrainische Armee hat die Städte Donezk, Makejewka und Gorlowka innerhalb von fünf Minuten beschossen und dabei zwölf Granaten im Kaliber 155 und 152 Millimeter abgefeuert. Das teilt die Vertretung der Volksrepublik Donezk beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung im Zusammenhang mit den ukrainischen Kriegsverbrechen mit.

8:54 de.rt.com: **Polnischer Betreiber: Leck in wichtiger russischer Öl-Pipeline nach Deutschland gefunden**

Der polnische Betreiber der Druschba-Trasse hat ein Leck in der Erdöl-Pipeline nach Deutschland gemeldet. Die Ursache sei noch unklar. Ein Strang der Öl-Pipeline wurde stillgelegt. Erst vor wenigen Wochen kam es zu Explosionen an den Ostsee-Pipelines Nord Stream 1 und 2 für den Erdgas-Transport aus Russland.

Der polnische Trassen-Betreiber PERN hat mitgeteilt, dass er ein Leck in der Druschba-Pipeline entdeckt hat, die russisches Erdöl bis nach Deutschland liefert.

Der Schaden wurde am späten Dienstag von automatischen Systemen an einem der beiden Stränge der Pipeline entdeckt, etwa 70 Kilometer von der Stadt Płock in Zentralpolen gelegen, teilte das Betreiberunternehmen am Mittwoch mit.

Die beschädigte Hälfte der Trasse wurde sofort abgeschaltet, während der andere Strang nach Angaben des Unternehmens normal weiterbetrieben wird.

"Zum jetzigen Zeitpunkt sind die Ursachen des Vorfalls nicht bekannt", erklärte PERN und ergänzte, dass seine Mitarbeiter und Feuerwehrleute an den Ort des Geschehens entsandt wurden, um die Situation zu bewerten und das Gebiet zu sichern.

Die Druschba-Pipeline ist eines der größten Öl-Transportnetze der Welt. Sie erstreckt sich über rund 4.000 Kilometer und transportiert Erdöl von Russland durch die Ukraine und Weißrussland nach Polen, Ungarn, in die Slowakei, die Tschechische Republik, nach Österreich und Deutschland. Hierzulande versorgt die Leitung die Raffinerie PCK Schwedt mit Erdöl.

Der Rohstoff aus Russland kommt durch die Druschba-Leitung über Belarus und Polen als Transitländer in das Rohöllager Heinersdorf bei Schwedt in Brandenburg, nahe der Grenze zu Polen. Von dort wird das Rohöl an die deutsche Raffinerien in Schwedt weitergeleitet und bis vor wenigen Monaten auch an die Raffinerie von Total in Leuna, Sachsen-Anhalt. Total soll laut [Berichten](#) die im März dieses Jahres ausgelaufenen Verträge für den Import russischen Rohöls allerdings nicht mehr verlängert haben. Die Raffinerie PCK Schwedt, rund 120 Kilometer nordöstlich von Berlin, versorgt nach eigenen [Angaben](#) die gesamte Region Berlin-Brandenburg zu etwa 90 Prozent mit Benzin, Diesel, Kerosin und Heizöl.

Das Leck an der Druschba-Pipeline folgt auf Explosionen, die Ende September an den Gas-Pipelines Nord Stream 1 und 2 in der Ostsee, die Russland über Deutschland mit der EU verbinden, vier große Lecks verursachten. Es wird bis jetzt allgemein davon ausgegangen, dass der Vorfall nur auf Sabotage zurückzuführen ist.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/634671c748fbef4c9e3dc13f.jpg>
 Arbeiter in der Erdölraffinerie PCK Schwedt am 10. Januar 2007

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 12.10.2022**

Bei aktiven Offensivhandlungen von Einheiten der Volksmiliz der LVR erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden große Verluste an Personal und Technik. Vernichtet wurden:

- 70 Mann;
- 1 Panzer;
- 8 Schützenpanzerwagen;
- 4 Drohnen;
- 2 dauerhafte Feuerpunkte;
- 12 Spezialfahrzeuge.

Der Gegner beschießt weiter Objekte der zivilen Infrastruktur von Ortschaften der LVR.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **Stachanow und Troizkoje** unter Einsatz von amerikanischen Mehrfachraketenwerfern M142 HIMARS **beschossen** und 5 Raketen abgefeuert.

Indolge des Beschusses

- wurden in Stachanow 7 Wohnhäuser beschädigt, ein Gebäude eines privaten Unternehmens wurde zerstört, 7 Fahrzeuge wurden beschädigt;
- **starb in Troizkoje ein Zivilist und eine Frau, geb. 1971, wurde verletzt**, außerdem wurde ein Wohnhaus beschädigt.

Seit Beginn des heutigen Tages haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **Artjomowsk** unter Einsatz eines amerikanischen Mehrfachraketenwerfers M142 HIMARS **beschossen** und eine Rakete abgefeuert.

Infolge des Beschusses **starb ein Mann, geb. 1955**, außerdem wurde ein Wohnhaus beschädigt.

In den von den ukrainischen Nationalisten befreiten Territorien der Lugansker Volksrepublik wird wieder ein friedliches Leben aufgebaut.

Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR setzen die Minenräumung fort.

Im Verlauf des 11. Oktober haben sie mehr als 6 Hektar Territorium von explosiven Objekten gesäubert, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Kopani und Sachidnoje zurückgelassen wurden, gesäubert.

Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner dieser Bezirke fort.

Mit Unterstützung der Volksmiliz der LVR liefern Freiwillige der Volksfront weiter gezielte humanitäre Hilfe für bedürftige Einwohner der Republik.

9:26 de.rt.com: **Biden: Kein Treffen mit Putin geplant**

US-Präsident Joe Biden plant derzeit kein Treffen mit Russlands Staatschef Wladimir Putin

auf dem bevorstehenden G20-Gipfel. In einem Interview mit CNN, das am Dienstagabend ausgestrahlt wurde, erklärte Biden auf die Frage, ob er Putin auf dem besagten Gipfel treffen wolle:

"Ich habe nicht die Absicht, mich mit ihm zu treffen."

"Sehen Sie, wir haben eine Position eingenommen, ich habe das erst heute Morgen auf dem G7-Treffen getan. Das Fazit ist, dass es ohne die Ukraine nichts über die Ukraine zu diskutieren gibt. Weder ich noch sonst jemand ist bereit, mit Russland darüber zu verhandeln, dass es in der Ukraine bleibt, dass es einen Teil der Ukraine behält und dergleichen mehr. Es wird also davon abhängen, worüber genau er sprechen möchte."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/63464b01b480cc3d122c7ce2.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 12.10.22 um 10:30 Uhr**

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK-Vertreters der DVR **148 Geschosse** mit Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm, Panzern sowie Mörsern des Kalibers 120mm **abgefeuert**. Außerdem wurde **auf das Zentrum von Donezk eine amerikanische Rakete AGM-88 HARM abgefeuert**.

Die Gebiete von **9 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge des Beschusses **starb ein Zivilist, 5 wurden verletzt**. 17 Häuser und ein ziviles Infrastrukturobjekt wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 2 Haubitzen M777, 2 Lastwagen mit Munition, 3 Feuerpunkte, außerdem wurden 3 Drohnen des Gegners in der Luft abgeschossen.

Die Verluste an Personal des Gegners betrugen 50 Mann.

Derzeit gehen Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-S) weiter. Wir bitten dringend darum, bei der Bewegung vorsichtig zu sein sowie die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

Wir wenden uns an alle Bürger, wenn Sie Augenzeugen von Verbrechen der ukrainischen Kämpfer werden, versuchen Sie, verdeckt Videos oder Fotos von diesen Sachverhalten zu machen, ohne sich selbst zu gefährden. Wir garantieren Ihnen Anonymität.

Nach der Absendung der genannten Informationen über den offiziellen Informations-Bot der Volksmiliz der DVR in Telegram werden diese Materialien als Beweisbasis zur Bestrafung

ukrainischer Kriegsverbrecher mit der ganzen Strenge des Gesetzes verwendet werden.

9:41 de.rt.com: **Ukrainische Artilleristen beschießen Troizkoje mit HIMARS-Raketen – ein toter Zivilist**

Ein Zivilist wurde getötet und eine Frau verletzt, als ukrainische Truppen am Dienstagabend HIMARS-Raketen auf die Ortschaft Troizkoje in der Volksrepublik Lugansk abfeuerten. Das teilt die Vertretung der Republik beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung im Zusammenhang mit den ukrainischen Kriegsverbrechen mit. Bereits zuvor haben ukrainische Streitkräfte die Ortschaft mit Raketen aus HIMARS-Mehrfachraketenwerfern beschossen.

10:43 (9:43) novorosinform.org: **Sprengstoff für die Krimbrücke wurde unter dem Deckmantel eines "Getreidegeschäfts" verschickt**

Der Terroranschlag auf die Krimbrücke wurde durchgeführt, indem im Rahmen eines "Getreidegeschäfts" Sprengstoff auf dem Seeweg von Odessa aus verschickt wurde, sagen ukrainische Analysten in einem Interview mit Strana.ua.

Die Experten stellten fest, dass Sprengstoffe nur unter dem Deckmantel eines „Getreideabkommens“ auf dem Seeweg transportiert werden konnten. Damit könnte Russland die Vereinbarungen mit der Ukraine in dieser Frage aus triftigen Gründen kündigen.

Im Zusammenhang mit solchen Schlussfolgerungen ukrainischer Analysten fragen sich die Autoren des Telegram-Kanals "Mig", wer nach der Inspektion der Schiffe den Transport von Sprengstoff in die Gewässer Russlands erlaubt hat.

"Und wer ist während des ‚Getreidedeals‘ für die Kontrolle der Ladung zuständig? Die Vereinbarungen zu dieser Frage waren eindeutig. Die Inspektion sollte in neutralen Gewässern durchgeführt werden", erklärte der Kanal.



https://www.novorosinform.org/content/images/55/74/55574_720x405.jpg

10:04 de.rt.com: **Washington Post: Biden rief Selenskij dazu auf, sich nicht länger über unzureichende US-Hilfe zu beschweren**

US-Präsident Joe Biden hat seinen ukrainischen Amtskollegen Wladimir Selenskij aufgefordert, sich nicht länger über unzureichende Hilfe aus Washington zu beklagen. Dies berichtete die Washington Post am Dienstag unter Berufung auf einen ehemaligen Beamten des Weißen Hauses.

Nach seinen Informationen forderte Selenskij die USA und andere westliche Länder in einer frühen Phase der russischen Militäroperation in der Ukraine auf, zusätzliche Militärhilfe zu leisten und härtere Sanktionen gegen Russland zu verhängen, obwohl der US-Präsident und der US-Kongress zu diesem Zeitpunkt bereits beispiellose Mengen an Hilfe und modernen Waffen nach Kiew schickten. Biden soll Selenskij erklärt haben, dass es ihm schwer falle

würde, den US-Kongress weiterhin um Geld zu bitten, wenn der ukrainische Staatschef sich undankbar zeige und weiterhin behaupte, die geleistete Hilfe sei nicht ausreichend. Anfang Oktober unterzeichnete Biden ein Gesetz, das die Finanzierung der US-Regierung bis zum 16. Dezember 2022 fortsetzt und zusätzliche Hilfe für die Ukraine in Höhe von 12,4 Milliarden US-Dollar vorsieht. Insgesamt 4,5 Milliarden US-Dollar davon sind für die wirtschaftliche Unterstützung Kiews vorgesehen, einschließlich der Aufrechterhaltung des Betriebs der Regierungsbehörden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/6346571fb480cc39f92a4146.jpg>

Wladimir Selenskij

10:29 de.rt.com: **Paris beschwert sich über Wucherpreise bei amerikanischem Flüssiggas**

Der französische Finanzminister Le Maire beklagte sich darüber, dass die Vereinigten Staaten ihr Flüssiggas zum Vierfachen dessen an die EU verkaufe, was sie im eigenen Land dafür verlangen. Eine Einigung über eine Preisgrenze für Erdgas konnte in der EU bisher nicht erreicht werden.

Der französische Finanzminister Bruno Le Maire warnte davor, dass die Vereinigten Staaten den globalen Energiemarkt dominieren, während die Europäische Union unter den Folgen des Konflikts in der Ukraine leidet.

"Der Konflikt in der Ukraine darf nicht in einer wirtschaftlichen Dominanz der USA und einer Schwächung der EU münden", sagte er am Montag vor der französischen Nationalversammlung. Le Maire empörte sich, dass es inakzeptabel sei, wenn Washington "sein verflüssigtes Erdgas zum vierfachen Preis an die EU verkauft, den es für seine heimischen Industrien festlegt" und fügte hinzu, dass "die wirtschaftliche Schwächung Europas in niemandes Interesse ist".

"Wir müssen in der Energiefrage zu ausgewogeneren Wirtschaftsbeziehungen zwischen unseren amerikanischen Partnern und dem europäischen Kontinent finden", betonte Le Maire. Die Warnung des französischen Finanzministers bezog sich im Hinblick auf die Art und Weise, wie die Energiekrise die Wettbewerbsfähigkeit der großen Industrienationen der Welt verändert.

Vor dem Konflikt in der Ukraine war Russland der größte Gaslieferant der EU und für etwa 45 Prozent der Gasimporte der Union verantwortlich. Aufgrund der in den vergangenen Monaten gegen Moskau verhängten Sanktionen, sind die russischen Gaslieferungen in die EU jedoch deutlich zurückgegangen.

Angesichts einer drohenden Energiekrise, haben sich die EU-Länder beeilt, ihre Gasspeicheranlagen zu füllen – das Niveau der Reserven lag laut dem Verband Gas Infrastructure Europe am Montag bei fast 91 Prozent. Die Speicherstandorte werden größtenteils mit verflüssigtem Erdgas (LNG) gefüllt und befinden sich laut Daten von Bloomberg derzeit auf dem höchsten saisonalen Niveau seit mindestens 2016. Importe von

Flüssiggas aus Übersee kostet jedoch viel mehr als Gas, das im Rahmen langfristiger Verträge über Pipelines geliefert wird, wodurch die Kosten für Energie innerhalb der EU weiter steigen.

Zwar hat die EU Überlegungen angestellt, die Erdgaspreise für alle Lieferanten zu deckeln, aber einige Mitgliedsländer lehnen dies ab. Norwegen, ein Nicht-EU-Staat, aber Partner im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) und einer der wichtigsten Gaslieferanten der EU, warnte kürzlich, dass ein Schritt in diese Richtung die Situation verschlimmern werde und Exporteure zwingen könnte, ihre Gasmengen auf andere Märkte umzuleiten.

Beim Treffen der EU-Staats- und Regierungschefs in der vergangenen Woche in Prag, sprach Bundeskanzler Olaf Scholz davon, eine Allianz der EU mit Japan und Südkorea zu schmieden, um einen Konkurrenzkampf mit Herstellern alternativer Energieressourcen zu vermeiden und Gespräche mit den Vereinigten Staaten, Kanada und Norwegen aufzunehmen, um die Preise bei Neuverträgen zu senken.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/63457fbc48fbef4ba65d4e48.jpg>

11:41 (10:41) novorosinform.org: **Ukrainisches Militär feuerte wegen Kommunikationsverlust auf die eigenen Stellungen in der Nähe von Soledar – Marotschko**

Andrej Marotschko, Offizier der Volksmiliz der LVR, berichtete über die Angriffe ukrainischer Kämpfer auf ihre eigenen Stellungen.

Die Streitkräfte der Ukraine bei Soledar in der LVR verloren den Kontakt zum Kommando und eröffneten das Feuer auf die Positionen ihrer eigenen Kämpfer in der Nähe, berichtete Oberstleutnant Andrej Marotschko, in seinem Telegram-Kanal unter Berufung auf Geheimdienstdaten.

"Im Bereich der Siedlung Soledar wurde Mörserfeuer auf die Positionen ukrainischer Truppen von ihren eigenen Einheiten festgestellt. Die Tatsache des "freundlichen Feuers" ist mit einem Kommunikationsverlust, einer Inkonsistenz zwischen den Einheiten und dem Kommando zu erklären", notierte der Oberstleutnant in der Nachricht.

Der Offizier fügte hinzu, dass die Streitkräfte der Ukraine in den letzten 24 Stunden mehr als 70 Soldaten in Richtung Lugansk verloren hätten, als sie versuchten, abgelegene Städte der Republik zu stürmen.



https://www.novorosinform.org/content/images/55/80/55580_720x405.jpg

12:00 (11:00) rusvesna.su: **Dutzende ukrainische Saboteure versuchten, in das Kernkraftwerk Saporoschje einzudringen**

Letzte Nacht versuchten Dutzende ukrainischer Saboteure, in das Kernkraftwerk Saporoschje einzudringen.

Laut dem amtierenden Gouverneur der Region Jewgeni Balizki versuchten die Saboteure, mit Booten zum Kraftwerk zu gelangen. Die meisten Boote wurden versenkt, die feindliche Gruppe wurde liquidiert.

„Etwa 30 Personen wurden gezählt. Ein erheblicher Teil der Boote wurde versenkt, einige der Kämpfer wurden getötet.

Der Rest drehte um und zog sich zurück“, sagte Balitzki über die Umstände des abgewendeten Angriffs auf „Perwy Kanal“.

11:09 de.rt.com: **Stromversorgung des AKW Saporoschje wiederhergestellt**

Am Mittwochmorgen hat die Ukraine die Stromversorgung des AKW Saporoschje erneut eingestellt. Dabei sei die Anlage auf Ersatzstromquellen umgeschaltet worden, teilte der Chef der Stadtverwaltung von Energodar Alexander Wolga dem Fernsehsender Rossija-24 am Mittwoch mit. Die russische Nachrichtenagentur [Interfax](#) zitiert ihn:

"Jetzt gibt es Informationen, dass die Ukraine die Stromerzeugung des AKW eingestellt hat. Und wir haben wieder auf Ersatzstromquellen umgestellt, um alle Prozesse am AKW Saporoschje selbst zu versorgen."

Später [erklärte](#) Wladimir Rogow, der Vorsitzende der Bewegung "Wir sind mit Russland", auf Telegram, dass die Stromversorgung des AKW Saporoschje wiederhergestellt worden sei. Die Notstromversorgung durch Dieselstromerzeuger habe weniger als eine Stunde gedauert. Er erwähnte zudem die Besorgnis des IAEO-Leiters Rafael Grossi darüber, dass das AKW zum zweiten Mal innerhalb von fünf Tagen vollständig von der externen Stromversorgung abgeschnitten worden sei.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/63467877b480cc3d122c7d19.jpg>

AKW Saporoschje

11:15 de.rt.com: **Ukrainischer Verteidigungsminister Resnikow bestätigt: "IRIS-T aus Deutschland ist schon hier"**

Das deutsche Flugabwehrsystem IRIS-T kann Ziele in 20 Kilometern Flughöhe und 40 Kilometern Reichweite abfangen. Die Ukraine bestätigt, die aus mehreren Komponenten bestehende Waffe erhalten zu haben. In der Bundeswehr selbst soll das System von 2025 an eingeführt werden.

In der Nacht zum Mittwoch hat der ukrainische Verteidigungsminister Alexei Resnikow auf Twitter die Lieferung des deutschen Flugabwehrsystems IRIS-T an die ukrainische Armee bestätigt. Die Waffe aus Deutschland sei inzwischen in der Ukraine angekommen, schrieb der Minister. Darüber hinaus kündigte er eine Lieferung des Flugabwehrsystems NASAMS aus den USA an. "Eine neue Ära der Luftverteidigung" habe nun begonnen, betonte Resnikow und forderte mehr solcher Waffen.

In einem weiteren Tweet bedankte sich der ukrainische Verteidigungsminister bei seiner deutschen Amtskollegin Christine Lambrecht für ihre starke Unterstützung der Ukraine. Auch der Chef des ukrainischen Präsidentenbüros Andrei Jermak bestätigte, dass Deutschland der Ukraine das Flugabwehrsystem übergeben hatte. Zuvor hatte der Spiegel berichtet, dass die Übergabe am Dienstag nahe der polnisch-ukrainischen Grenze erfolgt sei.

Wiktor Bondarew, der Vorsitzende des Verteidigungs- und Sicherheitsausschusses beim Russischen Föderationsrat, erklärte nach Angaben der Nachrichtenagentur RIA Nowosti, dass die IRIS-T-Lieferung an die Ukraine den Verlauf der russischen Sonderoperation in der Ukraine nicht beeinflussen werde. Zuvor hatte Russlands Außenminister Sergei Lawrow den Westen gewarnt, dass alle Waffenlieferungen an die Ukraine ein legitimes Ziel für das russische Militär seien.

Berlin will Kiew zunächst vier der jeweils 140 Millionen Euro teuren Systeme des bodengestützten Typs von IRIS-T zur Verfügung stellen. Die Finanzierung drei weiterer Anlagen ist gesichert. Das System besteht aus mehreren Komponenten: Radaranlage, Gefechtsstand und drei auf Lastwagen montierte Raketenwerfer. Es feuert Raketen zur Abwehr von Hubschraubern, Flugzeugen sowie Marschflugkörpern und Raketen ab. Das Radar ermittelt die Richtung des Angriffs. Am Ende des Anflugs übernimmt ein auf Wärmestrahlung reagierender Sucher die Steuerung der Rakete. Die Waffe kann Ziele in 20 Kilometern Flughöhe und 40 Kilometern Reichweite zerstören. Das Luftabwehrsystem ist mobil und kann seinen Standort schnell wechseln. In der Bundeswehr selbst soll das bodengebundene System erst von 2025 an eingeführt werden.

Ukrainische Soldaten sind in Deutschland an dem Waffensystem bereits ausgebildet worden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/634674ff48fbef4ba65d4ec4.jpg>
 Das deutsche Flugabwehrsystem IRIS-T SLM bei der Luftfahrtmesse ILA, 22. Juni 2022

11:41 de.rt.com: **Russische Soldaten im Gebiet Saporoschje bereit zum Vormarsch**

Kämpfer des südlichen Militärdistrikts Russlands haben im Gebiet Saporoschje Verteidigungslinien eingerichtet und sind bereit, auf Befehl in die Offensive zu gehen. Das erklärte einer der Kämpfer an der ersten Kontaktlinie am Frontabschnitt zwischen den Städten Pologi und Orehow gegenüber [RIA Nowosti](#). Er sagte:

"Sie suchen nach Schwachstellen in unserer Verteidigung und versuchen, sie zu durchbrechen, aber das wird ihnen nicht gelingen. Unsere Jungs sind sehr stark im Geiste. Die Kerle machen ihre Sache gut. Wir haben Kohle, Holz und Öfen, wir haben Unterstände gegraben, alles ist so, wie es sein sollte. Wir sind zu 100 Prozent bereit, in die Offensive zu gehen. Die Jungs haben es satt, an einem Ort zu sitzen, und wollen vorwärtskommen."

Ihm zufolge versuchen ukrainische Kämpfer fast täglich, Einsätze und Provokationen zu inszenieren, wobei sie unter anderem Minen im Kaliber 120-Millimeter einsetzen.

"Sie versuchen, uns zu demoralisieren. Aber wir leben und sind auf jede Situation vorbereitet. Wir graben und befestigen unsere Stellungen. Wir warten auf den Feind und darauf, was er als Nächstes tun wird. Und wir sind bereit, uns mit ihm anzulegen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/6346424648fbef490c52cf39.jpg>
 Ein russischer Soldat an der Grenze zum Gebiet Saporoschje

11:52 de.rt.com: **Stoltenberg: NATO will sich auf Lieferung von Luftabwehrsystemen für die Ukraine konzentrieren**

Waffenlieferungen an die Ukraine werden sich nun auf Luftverteidigungssysteme konzentrieren, verkündete NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg im Vorfeld des Treffens der Verteidigungsminister der Allianz in Brüssel. Er erklärte:

"Heute werden wir im Rahmen der von den USA geleiteten Kontaktgruppe zur Ukraine mit dem ukrainischen Verteidigungsminister Resnikow zusammentreffen und beim gemeinsamen Abendessen der NATO-Minister, bei dem wir die Unterstützung für die Ukraine erörtern werden, wird es vorrangig um mehr Luftabwehrsysteme gehen."

Stoltenberg erklärte, dass die Ukraine angesichts der jüngsten "beispiellosen Eskalation mehr Luftabwehrsysteme verschiedener Typen" benötige, um zivile Einrichtungen im ganzen Land zu schützen. Er fügte hinzu, dass alle Verbündeten des Blocks "entschlossen sind, die Ukraine so lange zu unterstützen, wie es nötig ist".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/63468b0eb480cc31660fd12f.jpg>

nachmittags:

13:09 (12:09) novorosinform.org: **Behörden von Lwow informieren über den Kauf von Öfen für den Winter**

Die regionalen Behörden der Region Lwow kaufen [Kanonenöfen](#), so genannte "[Burschujki](#)", um den Winter zu überstehen, da die Energieinfrastruktur angegriffen wird, berichtet Politico. Nach Angaben der Zeitung haben die Behörden bereits den Kauf von 600 solcher Öfen zur weiteren Verteilung in der Stadt gemeldet.

"Der stellvertretende Leiter der Stadtverwaltung von Lwow, Sergej Kiral, sagte, dass die Einwohner von Lwow auch mit der kostenlosen Verteilung von Brennholz rechnen könnten. Kiral fügte hinzu, dass die Öfen wahrscheinlich nicht ausreichen werden, da sich Lwow auf die Aufnahme von evakuierten Bürgern aus der Ostukraine vorbereite, wo die Heizsaison in vielen Orten nicht beginnen werde, wie zuvor von den Kiewer Behörden angekündigt.



https://www.novorosinform.org/content/images/55/94/55594_720x405.jpg

13:13 (12:13) novorosinform.org: **Leiter von Sonderkommunikationsdiensten der Ukraine liquidiert – Poddubny**

Die Rede ist von vier hochrangigen Mitarbeitern des ukrainischen Staatsdienstes für besondere Kommunikation und Informationsschutz, berichtet Kriegsberichterstatter Jewgeni Poddubny unter Berufung auf eigene Quellen.

Die Führer von Sonderkommunikationseinheiten wurden am Montag in Dnepropetrowsk infolge eines Raketenangriffs auf das Gebäude von Ukrtelecom getötet, schrieb Poddubny in seinem Telegram-Kanal.

„Vier hochrangige Mitarbeiter des Staatsdienstes für besondere Kommunikation und Informationsschutz der Ukraine wurden eliminiert“, teilte der Korrespondent mit. Seit letztem Jahr sei die Kontrolle über die ukrainische Sonderkommunikationsdienste an Cybersicherheitsexperten des US-Verteidigungsministeriums übertragen worden, fügte Poddubny hinzu.



https://www.novorosinform.org/content/images/55/95/55595_720x405.jpg

12:17 de.rt.com: **FSB vereitelt ukrainische Terroranschläge in Moskau**

Der russische Inlandsgeheimdienst FSB hat Sabotage- und Terrorakte vereitelt, die von ukrainischen Spezialdiensten im Gebiet Moskau mit schultergestützten Kurzstrecken-Boden-Luft-Raketen vom Typ Igla vorbereitet wurden. In einer Erklärung heißt es:

"Die Vorbereitung von Sabotage- und Terroranschlägen mit Hochpräzisionswaffen im Gebiet Moskau durch ukrainische Spezialdienste wurde vereitelt. Ein ukrainischer Staatsbürger, Jahrgang 1972, wurde festgenommen."

Nach operativen Daten soll der Mann die Kurzstrecken-Boden-Luft-Raketen auf Anweisung

des Sicherheitsdienstes der Ukraine in einem speziell dafür vorbereiteten Fahrzeug durch Estland nach Russland geschmuggelt haben, um terroristische Handlungen vorzubereiten. Bei seiner Festnahme wurden zwei tragbare Igla-Raketen und "Kommunikationsmittel, die seine kriminellen Handlungen und Kontakte mit SBU-Beamten bestätigen", beschlagnahmt.

12:39 de.rt.com: **Angriff auf Energieinfrastruktur in den Gebieten Dnepropetrowsk und Sumy**

Das russische Militär soll einen Angriff auf die Energieinfrastruktur des Gebietes Dnepropetrowsk durchgeführt haben, behauptet Walentin Resnitschenko, der Leiter der Militärverwaltung des Gebietes. Auf Telegram schrieb er:

"Ein weiterer Angriff auf das Gebiet. Den dritten Tag in Folge sind lebenserhaltende Unternehmen betroffen. Am Morgen griffen die Russen die Energieinfrastruktur im Bezirk Kamensk an. Dort gibt es einen schweren Brand und Zerstörung."

Nach Angaben von Resnitschenko bekämpfen ukrainische Rettungskräfte derzeit das Feuer. Danach werde versucht, die durch die Explosion beschädigten Anlagen wiederherzustellen. Auch im Gebiet Sumy seien zwei Bezirke betroffen. Der Verwaltungschef des Gebietes Dmitri Schiwizki schrieb auf Telegram, dass die Gegend nach russischen Militärschlägen ohne Strom geblieben sei.

13:52 (12:52) rusvesna.su: **Borrell: Die NATO hat ihr Versprechen gegenüber Russland vielleicht nicht gehalten, aber das spielt keine Rolle**

Der Leiter der europäischen Diplomatie (Hoher Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik) Josep Borrell gab eine Erklärung ab, die durch ihren Zynismus und ihre unverhohlene Doppelmoral auffiel.

„Ich bin nicht zufrieden mit den Aussagen und Argumenten, mit denen viele, einschließlich meiner Freunde ... die Aggression rechtfertigen (gemeint ist der Beginn der Sonderoperation durch die russische Armee – Red.), dass die NATO das Versprechen (über die Nichterweiterung des Bündnisses nach Osten, das an Russland gegeben wurde – Red.) nicht erfüllt hat.

Das mag sein. Das ist Geschichte. Nichts davon rechtfertigt, was jetzt passiert“, sagte Borrell in einer Rede bei der Karl-von-Antwerpen-Stiftung in Spanien.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/node_pic/public/glava_mid_ispanii_zhozep_borrel.jpg

13:16 de.rt.com: **Ukrainischer Saboteur in Brjansk festgenommen**

Wie das Zentrum für Terrorismusbekämpfung des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB mitteilt, haben die Strafverfolgungsbehörden einen Terroranschlag auf ein Transport- und Logistikterminal in Brjansk verhindert. Ein ukrainischer Staatsbürger sei festgenommen

worden. In einer Erklärung des FSB heißt es:

"Die Vorbereitung eines Sabotage- und Terroraktes an einem der Transport- und Logistikterminals in Brjansk durch ukrainische Spezialdienste wurde verhindert. Als Ergebnis eines Komplexes von Ermittlungsmaßnahmen wurde ein ukrainischer Staatsbürger, Jahrgang 1967, festgenommen. Er war vom SBU beauftragt worden, von Kiew über Estland in eine der russischen Grenzregionen zu reisen, wo er ein von einem ukrainischen Sonderdienst vorbereitetes Versteck mit Komponenten von Sprengkörpern an sich nahm."

In einer Mietwohnung soll der Mann unter den Anweisungen eines Sprengstoffexperten des ukrainischen Sonderdienstes einen improvisierten Sprengsatz zusammengebaut haben. Der Verdächtige soll außerdem ein Lagerhaus eines Transport- und Logistikunternehmens ausgekundschaftet haben, um dort einen Sprengsatz anzubringen und eine starke Explosion auszulösen. Der FSB fügte hinzu:

"Es wurde ein Sprengsatz mit einem Gewicht von etwa drei Kilogramm TNT-Äquivalent beschlagnahmt, den er auf der Grundlage des Gefechtskopfes einer Panzerabwehrlenkwaffe hergestellt hatte, sowie eine Kommunikationsausrüstung zur Aufrechterhaltung des Kontakts mit SBU-Offizieren."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/634664d6b480cc3bd77f05e1.jpg>
g

13:40 de.rt.com: **Putin: Russland ist bereit, Europa mit Energieressourcen zu versorgen**

Moskau ist bereit, Europa mit Energieressourcen zu versorgen, auch in diesem Herbst und Winter. Das verkündete der russische Präsident Wladimir Putin auf dem Forum der Russischen Energiewoche.

Ihm zufolge ist dies über die noch bestehende Nord-Stream-Leitung möglich. Sie hat eine Kapazität von 27,5 Milliarden Kubikmetern pro Jahr, was etwa acht Prozent aller Importe nach Europa entspricht. Putin betonte:

"Russland ist bereit für die Ausführung dieser Lieferungen. Der Ball liegt auf der Seite der Europäischen Union, wie man so schön sagt. Wenn sie das wollen, dann sollen sie nur den Hahn öffnen, das ist alles. Wir schränken niemanden ein, wir sind auch bereit, im Herbst und Winter zusätzliche Mengen zu liefern."

Er betonte, dass Russland immer seinen Verpflichtungen nachkomme, und das unterscheide es vom Westen. Als Beispiel nannte er das US-amerikanische Flüssiggas, das jederzeit in andere Regionen geliefert werden kann.

"Wir haben dies übrigens erst kürzlich erlebt, als US-amerikanische Tanker, die LNG nach Europa transportierten, auf halbem Weg umkehrten und den Bestimmungsort wechselten, weil den LNG-Verkäufern anderswo ein höherer Preis geboten wurde."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/6346a7a148fbef6aaa61489c.jpg>
 Wladimir Putin auf dem Forum der Russischen Energiewoche

14:01 de.rt.com: **Donezker Volksmiliz meldet 50 tote ukrainische Soldaten**

In den vergangenen 24 Stunden haben Soldaten der Volksrepublik Donezk (DVR) gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation zwei Haubitzen vom Typ M777, zwei Lastwagen mit Munition, drei Feuerstellungen sowie drei Drohnen der ukrainischen Streitkräfte vernichtet. Außerdem seien bis zu 50 ukrainische Soldaten ums Leben gekommen. Dies [berichtet](#) die Volksmiliz der DVR am Mittwochmorgen auf Telegram. Zudem sollen ukrainische Artilleristen 48 Granaten auf das Territorium der DVR abgefeuert haben. Eine AGM-88-HARM-Rakete aus US-amerikanischer Produktion sei auf die Stadt Donezk abgefeuert worden. Ukrainischen Einheiten hätten neun Dörfer unter Beschuss genommen. Hierbei seien ein Zivilist getötet und fünf weitere verletzt worden. Sieben Wohngebäude und ein Objekt der Infrastruktur seien beschädigt worden.

15:06 (14:06) novorosinform.org: **Russland wird keine Energie an Länder liefern, die eine Obergrenze für den Ölpreis festlegen – Putin**

Die Russische Föderation hat nicht die Absicht, gegen den gesunden Menschenverstand zu handeln und Staaten mit restriktiven Ölpreisen mit Energieressourcen zu versorgen. Eine entsprechende Erklärung gab der russische Präsidenten Wladimir Putin auf dem Forum der Russischen Energiewoche ab.

„Russland wird nicht ... auf eigene Kosten für das Wohlergehen anderer bezahlen. Wir werden keine Energieressourcen an Länder liefern, die ihre Preise begrenzen“, sagte er. Nach Angaben des Staatsoberhauptes werde die Russische Föderation nicht zum eigenen Nachteil handeln und den Erpressern folgen.

„Denen, die Betrugstricks und schamlose Erpressung anstelle von Geschäftspartnerschaften und Marktmechanismen bevorzugen ... Ich möchte sagen, dass wir nicht zu unserem eigenen Nachteil handeln werden“, fügte Putin hinzu.

Der russische Präsident sagte zuvor, dass die Festlegung einer Obergrenze für die Energiepreise zu unvorhergesehenen Folgen auf dem Weltmarkt führen könnte.



https://www.novorosinform.org/content/images/56/07/55607_720x405.jpg

14:12 de.rt.com: **Lawrow: Unsere Nukleardoktrin sieht ausschließlich Antworten auf existentielle Bedrohung Russlands vor**

Die westlichen Länder verurteilen Russland für die massiven Angriffe auf strategische Einrichtungen in der Ukraine. Sie ziehen es aber gleichzeitig vor, die terroristischen Aktionen Kiews, die dazu geführt haben, zu ignorieren. Dies hat der russische Außenminister Sergei Lawrow [erklärt](#).

Er bezeichnete die Behauptung der USA, Moskau gehe nicht auf eine Bitte um Gespräche mit der Ukraine ein, als Lüge. Vielmehr seien die Gespräche vom Westen, der die Selenskij-Regierung kontrolliert, ausgesetzt worden. Laut Lawrow sei Russland bereit, sich alle Vorschläge anzuhören, aber man müsse den Inhalt der Initiativen kennen.

Lawrow äußerte sich auch zu der Möglichkeit von russischen Atomschlägen, und zwar mit den Worten:

"Der russische Präsident Wladimir Putin hat wiederholt erklärt, dass wir in unserer Nukleardoktrin ausschließlich Antwortmaßnahmen vorsehen, die verhindern sollen, dass die Russische Föderation durch direkte Nuklearschläge oder durch Schläge mit anderen Waffen, die die Existenz des russischen Staates selbst bedrohen, zerstört wird. Ich hoffe, dass diejenigen, die ständig über das Thema Atomkrieg und die 'Organisation von Provokationen' seitens der Russischen Föderation mit Massenvernichtungswaffen spekulieren, sich ihrer Verantwortung bewusst sind."



<https://thumbs.odycdn.com/63616d36aac630d4ee8042194a1b2e66.webp>

15:23 (14:23) rusvesna.su: **Der Feind warf Truppen in den Angriff bei Kupjansk, Liman sowie in den Regionen Cherson und Saporoschje**

Das Verteidigungsministerium berichtet, dass der Feind weiterhin eine Offensive bei Kupjansk, Liman sowie in den Regionen Cherson und Saporoschje versucht.

In **Richtung Kupjansk** konzentrierten sich die Hauptanstrengungen der Streitkräfte der Ukraine tagsüber auf die Einnahme des Dorfes Kislowka, das von den Streitkräften dreier taktischer Gruppen ukrainischer Einheiten und ausländischer Söldner gleichzeitig aus drei Richtungen angegriffen wurde.

Dem Feind gelang es, die Verteidigung zu durchbrechen und den westlichen Rand der Siedlung zu erreichen.

Durch die aktiven Aktionen unserer Truppen und das konzentrierte Feuer der russischen Artillerie wurden die ukrainische Einheiten aus den Außenbezirken von Kislovka vertrieben, zerstreut und auf ihre ursprünglichen Positionen zurückgeworfen.

Die Position der russischen Einheiten entlang der Frontlinie wurde vollständig wiederhergestellt.

Darüber hinaus unternahm der Feind erfolglose Versuche, mit Streitkräften von bis zu drei Kompanien in **Richtung Tabajewka, Orljanka** in der Region Charkow und Kuselowka in der Volksrepublik Lugansk. Alle Angriffe wurden erfolgreich abgewehrt.

Die Gesamtverluste der Streitkräfte der Ukraine und der Söldner in dieser Richtung beliefen sich auf mehr als 100 Militärangehörige, vier Panzer, drei Schützenpanzer und drei türkische Schützenpanzer Kirpi.

In **Richtung Krasnolimansk** wurden die nächsten erfolglosen Versuche des Feindes, den Fluss Scherebez in Richtung der Siedlungen Raigorodka, Karmasinowka, Rozowka, Makejewka und Nowoljubowka der Volksrepublik Lugansk zu überqueren, vereitelt. Drei Infanterie-Kampffahrzeuge, zwei gepanzerte Fahrzeuge und etwa 60 ukrainische Soldaten wurden vernichtet.

In **Richtung Saporoschje** im Bereich von Nowodarowka schlugen russische Einheiten einen Angriffsversuch der Streitkräfte der Ukraine (mit Personal von bis zu einem Zug mit Unterstützung von gepanzerten Fahrzeugen) zurück. Sieben ukrainische Soldaten und ein Panzerwagen wurden vernichtet.

In **Richtung Kriwoi Rog** unternahm der Feind Angriffsversuche mit Streitkräften von bis zu zwei Bataillonen auf Nowowoskresenskoje, Welika Alexandrowka und Suchanowo, Gebiet Cherson.

Russische Einheiten haben alle Angriffe erfolgreich abgewehrt. Ein Panzer, 16 gepanzerte Kampffahrzeuge, vier Fahrzeuge und mehr als 70 ukrainische Soldaten wurden vernichtet.

In Richtung Andrejewka haben russische Truppen den vorrückenden Einheiten der Streitkräfte der Ukraine eine Feuerniederlage beim Versuch zugefügt in Richtung der Siedlungen Kostromka und Ischtschenko, Gebiet Cherson, anzugreifen. Zwei Panzer, drei gepanzerte Fahrzeuge, fünf Pickups und mehr als 90 ukrainische Soldaten wurden vernichtet.

Darüber hinaus wurden vier durch Aufklärung entdeckte Übergänge der Streitkräfte der Ukraine über den Fluss Ingulez durch präventives Feuer zerstört und die Verlegung ukrainischer Reserven in das Kampfgebiet unterbrochen.

14:36 de.rt.com: **Putin gibt Hinweise auf die Verantwortlichen für die Sabotage von Nord Stream**

Die Explosionen an den Gaspipelines Nord Stream 1 und 2 haben es leichter gemacht, Europa US-amerikanisches Flüssiggas aufzuzwingen, sagte der russische Präsident Wladimir Putin beim Forum "Russische Energiewoche". Damit deutete er mögliche Urheber von Sabotageakten an den Leitungen an.

Diejenigen, die am meisten von der Beschädigung der Nord Stream-Gaspipelines in der Ostsee profitierten, seien diejenigen, die dafür verantwortlich seien, sagte der russische Präsident Wladimir Putin.

In einer Rede auf dem Forum "Russische Energiewoche" am Mittwoch in Moskau erklärte das russische Staatsoberhaupt:

"Jeder versteht, wer dahinter steckt und wer der Nutznießer ist. Man kann den europäischen

Ländern das verflüssigte Erdgas aus den USA jetzt in viel größerem Umfang aufzwingen." Putin wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass das US-amerikanische Flüssigerdgas (LNG) aufgrund seines höheren Preises "definitiv weniger wettbewerbsfähig als russisches Pipeline-Gas" sei. Zu den Explosionen an den Pipelines Nord Stream 1 und 2 sagte der russische Staatschef:

"Alle Tatsachen sind bewiesen und dokumentiert worden. Und die ideologischen Urheber und die Sponsoren dieser Verbrechen sind deren letztendliche Nutznießer; diejenigen, die von Instabilität und Konflikten profitieren."

Putin ergänzte:

"Wer steckt hinter der Sabotage der Nord Stream-Pipelines? Offensichtlich diejenigen, die darauf aus sind, die Beziehungen zwischen Russland und der EU vollständig zu kappen, die politische Souveränität Europas zu untergraben, seine industriellen Kapazitäten zu schwächen und die Kontrolle über seine Märkte zu erlangen."

Es handele sich dabei auch um diejenigen, die "über die technischen Möglichkeiten zur Durchführung solcher Explosionen verfügen und bereits zu solchen Sabotageakten gegriffen haben – dabei auf frischer Tat ertappt wurden, sich aber der Verantwortung entzogen", so Putin weiter.

Die Pipelines Nord Stream 1 und 2, die gebaut worden waren, um russisches Gas über Deutschland in die EU zu liefern, hatten am 26. September nach einer Reihe starker Unterwasser-Explosionen vor der dänischen Insel Bornholm einen plötzlichen Druckverlust verzeichnet. Die Lecks, die weithin als Folge von Sabotageakten betrachtet werden, führten zu massiven Gasaustritten und machten die Leitungen unbrauchbar. Moskau erklärte später, dass eine der Leitungen von Nord Stream 2 nicht betroffen sei, und bot an, über diese Leitung Gas nach Europa zu liefern.

In den westlichen Medien wurde darüber spekuliert, dass Russland selbst seine eigenen Pipelines gesprengt haben könnte, um die EU in der Energiekrise noch stärker unter Druck zu setzen. Moskau hat derartige Behauptungen allerdings zurückgewiesen. So sagte Putin zu einem früheren Zeitpunkt, dass "die Angelsachsen" – eine umgangssprachliche Bezeichnung für die Allianz zwischen den USA und Großbritannien – hinter dem stecken könnten, was die russische Seite als "Akt des internationalen Terrorismus" bezeichnete.

Kurz nach dem Bekanntwerden der Lecks hob US-Außenminister Antony Blinken den Vorfall als "enorme Chance" für Europa hervor, "sich ein für alle Mal aus der Abhängigkeit von russischer Energie zu befreien."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/6346bdfb480cc1f656821fc.jpg>

15:44 (14:44) rusvesna.su: **Das Verteidigungsministerium berichtete über Angriffe auf Ziele in der Ukraine**

Operativ-taktische und militärische Luftwaffe, Raketentruppen und Artillerieangriffe trafen die Kommandoposten der Streitkräfte der Ukraine in den Gebieten der Siedlungen Welikaja

Kostromka in der Region Dnepropetrowsk, Konstantinowka der Volksrepublik Donezk und Leschino in der Region Saporoschje, 41 Artillerieeinheiten in Feuerstellungen, Truppen und militärische Ausrüstung in 156 Bereichen.

Im Bereich der Stadt Saporoschje wurden das **Hauptquartier der nationalistischen Gruppe „Rechter Sektor“**, das **Kommunikationszentrum der nationalistischen Formation „Asow“** und **zwei Orte des vorübergehenden Einsatzes ausländischer Söldner** getroffen. Im Bereich der Stadt Nikolajew wurde ein Lager für ukrainische Militärausrüstung zerstört. Im Gebiet der Siedlung Schewtschenkowo, Gebiet Nikolajew, wurde ein ukrainisches Flugabwehr-Raketensystem Buk M-1 zerstört.

Kampfflugzeuge der russischen Luft- und Raumfahrtstreitkräfte haben über der Siedlung Christoforowka im Gebiet Nikolajew ein Su-24-Flugzeug der ukrainischen Luftwaffe abgeschossen. Außerdem wurde ein ukrainischer Mi-8-Hubschrauber in der Nähe des Dorfes Welikaja Alexandrowka in der Region Cherson abgeschossen.

Luftverteidigungssysteme zerstörten im Laufe des Tages vier ukrainische Drohnen in den Bereichen von Nowaja Kamenka und Sadok, Gebiet Cherson, Jawkino, Gebiet Nikolajew und Polnoje, Volksrepublik Donezk. 12 Granaten des Mehrfachraketenystems HIMARS wurden in der Nähe des Dorfes Burgunka in der Region Cherson und des Wasserkraftwerks Kachowska abgefangen.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/node_pic/public/1_pusk_rakety_iskander_belgorod.jpg

14:58 de.rt.com: **Kreml: Stoltenberg bestätigt, dass NATO an der Seite der Ukraine kämpft**

Dmitri Peskow, der Pressesprecher des russischen Präsidenten, sagte am Mittwochmorgen, dass die Informationen über das Gespräch zwischen Elon Musk und Wladimir Putin vor der Veröffentlichung des "Plans für die Ukraine" des Tesla-Gründers nicht wahr seien. Außerdem bezeichnete Peskow Stoltenbergs Aussage, dass ein Sieg Russlands in der Ukraine eine Niederlage der NATO bedeuten würde, als Bestätigung dafür, dass die Allianz auf der Seite der Ukraine kämpfe.

Vor dem Hintergrund der Handlungen Kiews bleibe das Ziel der Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine noch immer aktuell, so Peskow. Außerdem hoffe der Kreml, dass der Westen nicht Moskau, sondern Kiew für die Verbrechen in der Ukraine zur Verantwortung ziehe.

Unterdessen gab Peskow die wichtigsten Punkte von Putins Treffen mit Muhammad bin Zayid Al Nahyan, dem Präsidenten der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), bekannt. Die beiden hätten die Lage in der Ukraine besprochen. Die VAE spielten eine wichtige Rolle beim Gefangenenaustausch zwischen Moskau und Kiew und die Zusammenarbeit zwischen Russland und den VAE entwickle sich weiter.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/63468cb348fbef68e6436dc5.jpg>
g

Türme des Moskauer Kremls und der Große Kremlpalast

15:31 de.rt.com: **Russischer Offizier: Feind versucht wiederholt, unsere Luftverteidigung im Gebiet Saporoschje zu überwinden**

Russische Luftabwehrkräfte arbeiten täglich daran, feindliche Ziele über dem Gebiet Saporoschje vom Himmel zu holen. Das erklärte ein Offizier der Luftabwehr des südlichen Militärbezirks Russlands gegenüber [RIA Nowosti](#). Das ukrainische Militär versuche regelmäßig, Drohnen einzusetzen, und erhöhe die Intensität des Artilleriebeschusses bewohnter Gebiete.

Seinen Angaben zufolge hat der Feind wiederholt versucht, mit Hilfe der seiner Luftwaffe in die Verteidigungsanlagen eine Bresche zu schlagen. Er hob außerdem hervor:

"Wir sind zu 100 Prozent besetzt, unsere Ausrüstung ist voll funktionsfähig und einsatzbereit. Es gibt keine personellen Probleme im Zusammenhang mit der Mobilmachung."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/634684eab480cc39f92a417b.jpg>
g

Boden-Luft-Raketensystem vom Typ Tor M2U der russischen Streitkräfte

15:49 de.rt.com: **Saporoschje: Sicherheitsbehörden nehmen Kontaktmann der ukrainischen Armee fest**

Die Russische Nationalgarde hat im Gebiet Saporoschje einen Mann festgenommen, der über einen Verwandten Daten über den Standort und die Bewegungen russischer Militärtechnik

und Soldaten weitergegeben hat. Das berichtet der Pressedienst der Sicherheitsbehörde. In einer Erklärung heißt es:

"Im Rahmen von gezielten Sondereinsätzen im Gebiet Saporoschje haben Beamte der Einheit SOBR der Russischen Nationalgarde einen Bürger, Jahrgang 1996, festgenommen, der verdächtigt wird, die ukrainischen Truppen zu unterstützen."

Nach Angaben der Nationalgarde gab die Person die Informationen über seinen engen Verwandten weiter, der von April bis August in der ukrainischen Armee gedient hatte. Er soll ihm nicht nur Standorte russischer Einheiten und Militärtechnik mitgeteilt, sondern auch die Koordinaten von lebenserhaltenden Einrichtungen im Gebiet Saporoschje übermittelt haben.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/63467508b480cc3b5c797828.jpg>

Fahrzeug der Russischen Nationalgarde

16:14 de.rt.com: **Saudi-Arabien verteidigt nach Kritik aus USA Öl-Drosselung in OPEC+** Saudi-Arabiens Außenminister Faisal bin Farhan verteidigt die Öl-Förderkürzungen. US-Präsident Joe Biden hatte die Entscheidung zuvor scharf kritisiert.

Nach der Kritik aus den USA an Saudi-Arabien hat das Königreich die geplante Förderkürzung der Öllianz Opec+ für November verteidigt. Der Beschluss sei aus "rein wirtschaftlichen" Gründen gefällt worden, sagte der saudische Außenminister Faisal bin Farhan am Dienstagabend dem Nachrichtensender al-Arabiya. US-Präsident Joe Biden hatte Saudi-Arabien zuvor wegen der geplanten Kürzung der Erdölförderung durch die OPEC+ mit "Konsequenzen" gedroht.

Er werde mit dem US-Kongress über die nächsten Schritte beraten. Die Angebotsverknappung würde den Ölpreis hochtreiben, wovon – aus Sicht der USA – Moskau profitieren würde, das mit dem Erlös Militäroperationen in der Ukraine weiterfinanzieren könne.

"Die OPEC+-Staaten haben verantwortungsvoll gehandelt und die passende Entscheidung getroffen." Es gehe dabei um die Stabilität des Marktes, sagte der saudische Außenminister bin Farhan.

US-Senatoren aus Bidens Demokratischer Partei hatten die weitgehende Einstellung der militärischen Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien gefordert, da das Land mit der Zustimmung zur Förderkürzung Russlands Militäroperation in der Ukraine unterstütze.

Saudi-Arabien ist für die USA nicht mehr als eine Ölquelle und damit nebenbei der Garant für das US-Petrodollar-System im Welthandel. Biden hat auf der Basis dieser Tradition die Saudi-Führung vergeblich mehrfach dazu gedrängt, zwecks einer gezielten Senkung der weltweiten Ölpreise noch mehr Öl zulasten von Russlands Exportvolumen in den Weltmarkt zu pumpen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/6346c25748fbef6b53621b6c.jpg>

Der saudische Außenminister Faisal bin Farhan trifft am 8. Juli 2022 zum G20-Außenministertreffen in Nusa Dua auf der indonesischen Ferieninsel Bali ein

16:35 de.rt.com: **Tschechien: Inflation erreicht fast 20 Prozent**

In vielen europäischen Staaten erreicht die Inflation Ausmaße, wie sie sie schon seit vielen Jahren nicht mehr gegeben hatte. Mit 18 Prozent in Tschechien liegt sie auf dem höchsten Niveau seit den frühen 1990er Jahren.

Die Inflation in Tschechien ist im September im Vergleich zum Vorjahr um 18 Prozent gestiegen, wie die amtliche chinesische Nachrichtenagentur Xinhua berichtete. Dies geht aus den offiziellen Statistiken hervor, die das tschechische Statistikamt am Dienstag veröffentlichte.

Es handelt sich um die höchste Jahresrate seit Dezember 1993, worauf lokale Medien verwiesen.

Die tschechische Statistikbehörde erklärte, der Anstieg sei hauptsächlich auf die höheren Preise im Wohnungssektor zurückzuführen, insbesondere auf den massiven Anstieg der Preise für Versorgungsleistungen. Strom verteuerte sich im Vergleich zum Vorjahr um 37,8 Prozent, Erdgas um 85,9 Prozent und feste Brennstoffe um 55,8 Prozent. Auch der Anstieg der Lebensmittelpreise war ein wichtiger Faktor. Pavla Sediva, Leiterin der Abteilung für Verbraucherpreisstatistik des Statistikamtes, erklärte:

"Im September beschleunigte sich der Preisanstieg im Jahresvergleich erneut und erreichte 18 Prozent. Preise aus dem Wohnungssektor trugen am meisten zu dieser Beschleunigung bei, insbesondere die Preise für Energie und Brennstoffe, die um fast 50 Prozent höher waren als im Vorjahr."

Im August hatte sich die Inflation in der Tschechischen Republik nach 13 Monaten des Anstiegs auf eine Jahresrate von 17,2 Prozent abgeschwächt. Im Vergleich zum Vormonat betrug der Preisanstieg im September 0,8 Prozent.

Nach Angaben der Tschechischen Nationalbank dürfte die derzeitige Rate den Höhepunkt der Inflation darstellen, die im nächsten Jahr einen Abwärtstrend aufweisen und bis zur ersten Hälfte des Jahres 2024 auf ein Niveau in der Nähe ihres Ziels von zwei Prozent sinken soll.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/6346b84948fbef69b23d0035.jpg>

16:54 de.rt.com: **Russische Luftabwehr: Zwölf ukrainische HIMARS-Raketen im Gebiet Cherson abgefangen**

Nach [Angaben](#) des russischen Verteidigungsministeriums soll die russische Luftabwehr vier ukrainische Drohnen in den Gebieten Cherson und Nikolajew sowie in der Volksrepublik Donezk vernichtet haben. Außerdem seien zwölf HIMARS-Geschosse im Gebiet Cherson abgefangen worden. In der Erklärung heißt es:

"Die Luftabwehr zerstörte in den vergangenen 24 Stunden vier ukrainische unbemannte Flugobjekte in der Nähe der Ortschaften Nowaja Kamenka und Sadok im Gebiet Cherson, Jawkino im Gebiet Nikolajew und Polnoje in der Volksrepublik Donezk. Zwölf HIMARS-Geschosse wurden in der Nähe von Burgunka im Gebiet Cherson und nahe des Kachowka-Wasserkraftwerkes abgefangen."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/6346b78cb480cc1bbc56e77a.jpg>

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 12.10.2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

In 62 befreiten Ortschaften wurden Renten ausgezahlt.

In Mariupol wurde ein Kommunikationsobjekt in Betrieb genommen, außerdem wurde an einem weiteren Kommunikationsobjekt in der Stadt LTE-Ausrüstung montiert und in Betrieb genommen.

Mehr als 6200 Menschen wandten sich an die Einrichtungen des Gesundheitswesens.

In Mariupol und Wolnowacha gehen die Reparaturarbeiten am Gasversorgungssystem weiter. Zivilschutzkräfte haben mehr als 27 Hektar Gelände untersucht und 237 explosive Objekte entschärft.

Spezialisten der Elektrizitätswerke setzten die Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an Stromnetzen und Umspannwerken in Mariupol, Wolnowacha und Mironowskij fort.

Die bewaffneten Formationen der Ukraine beschießen weiter Objekte der Stromversorgung der Donezker Volksrepublik. In der Folge von Angriffe haben Industriebetriebe, soziale Objekte und Haushaltsverbraucher keinen Strom.

Die ukrainischen Kämpfer beschießen zielgerichtet Energieinfrastruktur, um im Donbass eine humanitäre Katastrophe zu schaffen. Auch in den Ortschaften, die im Verlauf der militärischen Spezialoperation befreit wurden, hat der Gegner dem Stromversorgungssystem enormen Schaden zugefügt.

Dennoch unternehmen die Energietechniker der Donezker Volksrepublik alle notwendigen Maßnahmen, um rechtzeitig Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an den Stromnetzen und Umspannwerken vorzunehmen.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:28 de.rt.com: **US-Verteidigungsminister Austin: Unterstützung für Ukraine gilt für "alle Jahreszeiten"**

US-Verteidigungsminister Lloyd Austin hat der Ukraine langfristige Militärhilfe [zugesagt](#). Am Rande von Beratungen der sogenannten internationalen Ukraine-Kontaktgruppe, über die Waffenlieferungen an das Land koordiniert werden, sagte Austin:

"Unsere Entschlossenheit, die ukrainischen Verteidiger zu unterstützen, gilt für alle Jahreszeiten. Wir werden die Verteidigungskapazitäten der Ukraine weiter ausbauen, sowohl für die dringenden Erfordernisse von heute als auch auf lange Sicht."

Austin betonte, die Unterstützung für die Ukraine hänge nicht vom Ausgang einer bestimmten Schlacht ab. Die jüngsten russischen Angriffe hätten die Entschlossenheit des ukrainischen Volks noch verstärkt und "Länder guten Willens aus allen Regionen der Erde noch enger zusammengebracht".

Der US-Verteidigungsminister [bezahlte](#) die Hilfe, die Washington seit dem 24. Februar für Kiew im Sicherheitsbereich bereitgestellt hatte, auf rund 16,8 Milliarden US-Dollar.

17:55 de.rt.com: **"Zeitenwende on tour": Kampagne wirbt für Militarisierung**

Mit einer Veranstaltungsreihe sucht die Münchner Sicherheitskonferenz den Bürgerdialog. Ziel ist es, die von Bundeskanzler Scholz angekündigte Zeitenwende in Bürgerdialogen zu vermitteln. Gemeint ist damit die Militarisierung der deutschen Sicherheits- und Außenpolitik. Die Münchner Sicherheitskonferenz sucht mit der Veranstaltungsreihe "Zeitenwende on tour" den Bürgerdialog. Bereits Anfang Dezember kündigte die Münchner Sicherheitskonferenz dieses neues Format an. Mit der Aufnahme von 100 Milliarden Euro neuer Schulden im Rahmen eines sogenannten Sondervermögens für die Bundeswehr, plant die Bundesregierung eine umfassende Militarisierung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Diese Neuausrichtung soll unter dem Titel "Zeitenwende on tour" in Bürgerdialogen, an Multiplikatoren aber auch an Schulen vermittelt werden.

Anlass für die Neuorientierung der deutschen Außenpolitik war laut Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) der Einmarsch Russlands in die Ukraine. Drei Tage nach diesem Einmarsch hielt Scholz im Bundestag eine Rede zur "Zeitenwende", in der sich die Bundesrepublik seiner Auffassung nach befindet. Die Veranstaltungsreihe nimmt diesen Begriff auf.

Deutschlands Außen- und Sicherheitspolitik habe sich zu ändern, um Freiheit, Demokratie und Wohlstand auch in Zukunft zu sichern, teilt die Münchner Sicherheitskonferenz auf einem Flyer zur Veranstaltung mit.

Geplant sind Veranstaltungen im gesamten Bundesgebiet, sowohl im ländlichen Raum als auch in Großstädten. Zur Ausrichtung der einzelnen Veranstaltungen arbeitet die Münchner Sicherheitskonferenz vor Ort mit lokalen Partnern wie beispielsweise regionalen Zeitungsverlagen zusammen. Den Auftakt bildete bereits am 23. September eine Veranstaltung im Haus der Geschichte in Bonn. Eingeleitet wurde die Diskussion mit einem Impulsvortrag von Verteidigungsministerin Christine Lambrecht, in dem sie die Notwendigkeit einer Militarisierung der Außenpolitik begründete, womit sie die Richtung der Diskussion vorgab.

Gefördert und unterstützt wird das Projekt vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, der Deutschen Atlantischen Gesellschaft und der Gesellschaft für Sicherheitspolitik. Die nächsten Veranstaltungen sind in Frankfurt am Main, in Mainz und Furth im Wald geplant.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/6346dfc248fbef69b23d0069.jpg>

Verteidigungsministerin Christine Lambrecht bei der Auftaktveranstaltung zur "Zeitenwende on tour" der Münchner Sicherheitskonferenz am 23. September in Bonn

abends:

18:04 de.rt.com: **Russische Armee eliminiert mehr als 90 ukrainische Soldaten im Gebiet Cherson**

Russische Truppen haben ukrainische Soldaten angegriffen, die einen Angriff auf Kostromka und Ischtschanka im Gebiet Cherson vorbereitet hatten. Das teilte das russische Verteidigungsministerium am Mittwoch mit und erklärte:

"Am Frontabschnitt bei Andrejewka trafen russische Truppen auf ukrainische Einheiten, die zum Angriff auf die Siedlungen Kostromka und Ischtschanka im Gebiet Cherson vorrückten. Zwei Panzer, drei gepanzerte Fahrzeuge, fünf Kleinlastwagen und über neunzig ukrainische Soldaten wurden eliminiert."

18:37 de.rt.com: **Niederlande wollen Geschosse für über 15 Millionen Euro an die Ukraine liefern**

Die Niederlande werden der Ukraine Geschosse für Raketen- und Luftabwehrsysteme im Wert von über 15 Millionen Euro liefern, teilte das Verteidigungsministerium des Landes mit. Das Verteidigungsministerium des Königreichs verkündete in einer Erklärung:

"Die Niederlande werden Raketen liefern, um die Luft- und Raketenabwehr der Ukraine weiter zu stärken. Die Lieferung von Raketen im Wert von mehr als 15 Millionen Euro erfolgt vor dem Hintergrund der jüngsten Angriffe Russlands auf die Ukraine."

Zuvor hatte die niederländische Verteidigungsministerin Kajsa Ollongren am Rande eines

Treffens der NATO-Außenminister in Brüssel erklärt, die Niederlande hätten geplant, der Ukraine mehr Raketen und Munition zu liefern. Sie sagte auch, dass ihr Land weiterhin ihre Ausbilder zur Ausbildung des ukrainischen Militärs in das Vereinigte Königreich schicken werde.

19:05 de.rt.com: **Freiwilligen-Aufklärungsbataillon im Gebiet Cherson gebildet**

Ein freiwilliges Aufklärungsbataillon, benannt nach dem Helden der Sowjetunion, dem sowjetischen Militärführer und Kommandeur der Luftlandetruppen Wasili Margelow, sei im Gebiet Cherson gebildet worden. Dies berichtet die russische Nachrichtenagentur RIA Nowosti unter Berufung auf den Bataillonskommandeur Alexander Koratajew am Mittwoch. Er sagte wörtlich:

"Angesichts des angeborenen Wunsches einer Person, Ordnung in ihrem Land zu schaffen, ihre Heimat und ihre Verwandten zu schützen, bilden wir ein freiwilliges, nach Margelow benanntes Aufklärungsbataillon."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/6346c28eb480cc1f65682204.jpg>

19:39 de.rt.com: **Wladimir Putin überreicht der Tochter von Olga Katschura, Oberst der DVR-Volksmiliz, die höchste Auszeichnung**

Am Mittwoch hat der Präsident Russlands, Wladimir Putin, an die Tochter der Kommandantin der Raketenartillerie-Division und Oberst der DVR-Volksmiliz, Olga Katschura, mit dem Rufnamen "Korsa", den Stern des Helden Russlands [überreicht](#). Diese höchste Auszeichnung sowie der höchste Ehrentitel in Russland wurde ihr posthum verliehen. Wladimir Putin betonte den Mut von Olga Katschura und stellte fest, dass während ihres Kommandos kein einziger Soldat getötet worden sei. Die Tochter von Olga Katschura, Jelena, dankte dem Präsidenten und sagte:

"Ich wünschte, meine Mutter hätte diese Auszeichnung persönlich entgegengenommen, aber leider ist sie bei der Verteidigung unseres Heimatlandes ums Leben gekommen."

Wladimir Putin fragte Jelena nach ihren Plänen für die Zukunft und nach ihrem adoptierten jüngeren Bruder. Das Mädchen antwortete, dass ihr Bruder auf die Militärschule gehen möchte und sie selbst in die Fußstapfen ihrer Mutter treten und ihr Heimatland verteidigen möchte.

Olga Katschura hatte den Donbass seit dem Jahr 2014 verteidigt. Am 29. Juli war ihr Fahrzeug in Gorlowka unter ukrainischem Artilleriebeschuss geraten, dabei kam sie ums Leben. Putin verlieh Katschura posthum den Titel "Held Russlands". Das Oberhaupt der Volksrepublik Donezk, Denis Puschilin, verlieh ihr ebenfalls posthum den Titel "Held der Donezker Volksrepublik".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/6346cf8148fbef69b23d0059.jpg>
Wladimir Putin überreicht den goldenen Stern eines Helden Russlands an die Tochter von Olga Katschura, Oberst der DVR-Volksmiliz, 12. Oktober 2022

20:02 de.rt.com: **Gazprom-Chef Alexei Miller macht düstere Vorhersagen für die EU**

Gazprom-Chef Alexei Miller geht davon aus, dass EU-Europa den Winter nur schwer überstehen wird – und im März kein Gas mehr haben könnte.

Ganze Städte in Europa könnten in der kalten Jahreszeit einfrieren, warnte der Vorstandsvorsitzende des russischen Energiekonzerns Gazprom, Alexei Miller, am Mittwoch auf der Veranstaltung "Russische Energiewoche" in Moskau.

Seinen Schätzungen zufolge könnten in Europa rund 800 Millionen Kubikmeter Gas pro Tag fehlen, was einem Drittel des Gesamtverbrauchs der EU entspricht. Im schlimmsten Fall, so Miller, werden die Gasspeicher in der Region bis März nur zu fünf Prozent gefüllt sein.

Keine Garantien für den Winter

"Niemand kann garantieren, dass Europa den Winter mit den derzeitigen Gasreserven überstehen wird", sagte er und fügte hinzu, dass selbst wenn es der EU gelingen sollte, diese Heizsaison zu überstehen, die Frage sei, "was mit den Einspeisungen für den nächsten Winter passieren wird".

Der Vorstandsvorsitzende von Gazprom erinnerte daran, dass Russland früher im Winter täglich zwischen 0,6 und 1,7 Milliarden Kubikmeter Gas nach Europa exportierte.

Miller bezeichnete die Idee der Gasrationierung, die Europa einführen will, als "zweifelhaft" und verwies auf einen fehlenden Umsetzungsmechanismus.

Im September forderte die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, die EU-Mitgliedstaaten auf, "obligatorische" Energiebeschränkungen einzuführen, und rief den Block auf, die Nachfragekurve "abzuflachen".

"Beispiellose Risiken"

Letzte Woche kündigte die Internationale Energieagentur (IEA) an, dass die EU ihre Nachfrage um bis zu 13 Prozent senken müsse, da die Gasversorgung in diesem Winter "beispiellose Risiken" berge.

Obwohl die EU ihre Speicher bereits zu 88 Prozent gefüllt hat, sind laut IEA 90 Prozent erforderlich, falls es zu weiteren Versorgungsunterbrechungen, einem Kälteeinbruch im Spätwinter und einem Mangel an Flüssiggas (LNG) kommt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/6346fe2148fbef6a30105480.jpg>

Der Vorstandsvorsitzende von Gazprom, Alexei Miller, während der Plenarsitzung auf dem Forum der Russischen Energiewoche in Moskau, Russland, 12. Oktober 2022

20:19 de.rt.com: **Musk-Porträts in Odessa zensiert**

Porträts von Elon Musk werden in Odessa aus der Öffentlichkeit verbannt. Eine vom städtischen Bürgermeisteramt veröffentlichte [Videoaufnahme](#) zeigt Mitarbeiter der kommunalen Dienste, die das Konterfei des US-amerikanischen Milliardärs auf einem Plakat überkleben. Das Plakat mit der Aufschrift "Danke für die Unterstützung der Ukraine" zeigt Gesichter von Prominenten, die sich im gegenwärtigen Konflikt für die ukrainische Seite engagiert hatten. Wie auf dem Video zu sehen ist, wird aktuell das Gesicht Musks verdeckt. Zuvor hatte Musk in einem viel diskutierten Tweet unter anderem eine Wiederholung der Referenden im Südosten der Ukraine unter UN-Überwachung und eine Abtretung der Krim an Russland als eine friedliche Lösung des Konflikts vorgeschlagen. Dabei argumentierte er, dass die Entscheidung über die Zugehörigkeit zu Ukraine oder Russland schlussendlich bei den Bewohnern der jeweiligen Gebiete liegen solle.